

89

AntifaZ

Zeitung gegen Rassismus,
Faschismus und Imperialismus

für Menschenrechte, Demokratie und Freiheit der Völker

Mai/Juni '01

16. Jahrgang

DM 3,00

ISSN: 1436-7823

antifaschistische
und Bildungszentrum
berlin e.v. (apabiz)

lausitzstr. 10 | 10099 Berlin
fon | fax: 030 / 611 62 49
mail@apabiz.de | www.apabiz.de

Homepage: www.afb-bbz.de

Sonstige Themen:

- Frauen in Zeiten des
Strukturwandels
- Türkei:
Staatsterror ist nicht
demokratisierbar
- Veranstaltungen mit
Eren Keskin
- Interview mit
Akin Birdal
- Rechtsradikalismus,
Rassismus, Faschismus
und die Ohnmacht
der Linken
- Recht auf
Bewegungsfreiheit



Titelthema:

1. Mai

Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
Berichte	
1. Mai 2001	4
Schatten der Vergangenheit	16
Frauen in Zeiten des Strukturwandels	17
15 Jahre AntifaZ	29
Cornelius Yufanyi und sein Recht auf Bewegungsfreiheit	40
Analyse	
Türkei: Staatsterror ist nicht demokratisierbar	9
Rechtsradikalismus, Rassismus, Faschismus und die Ohnmacht der Linken	30
Buchbesprechung	27
Ankündigung	
Veranstaltungen mit Eren Keskin	13
Interview	
Mit Akin Birdal	14
Material	A-H

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnementsbedingungen:

Einzelabonnements/Jahr 27 DM
Förderabonnements/Jahr 30 DM

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM
5,5 cm	< 6 cm	< 60,-
5,5 cm	8-10 cm	60,-
10,5 cm	6-8 cm	75,-
5,5 cm	24 cm	120,-
7,7 cm	24 cm	150,-
16 cm	12 cm	150,-

Impressum

Die AntifaZ ist die Zeitschrift des AFB Ruhrgebiet. Sie erscheint alle 2 Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361/26345

ISSN: 1436-7823

Redaktionsanschrift:
Bert-Brecht-Zentrum
Herner Str. 43
45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/901923
Fax: 02361/21686
eMail: afb-bbz@t-online.de
Internet: www.afb-bbz.de

Redaktionssitzung:
Mittwochs ab 19 Uhr

Abonnenten- und Anzeigenkonto:
BLZ: 430 500 01
Konto-Nr.: 334 010 27
(Stichwort „AntifaZ“)
Sparkasse Bochum
Inhaber: K. Dillmann

Redaktionsschluss Nr. 90: 28.06.2001

EDITORIAL

Auch die vorliegende Ausgabe erscheint mit gehöriger Verspätung – wieder war ein Teil der Redaktion längere Zeit in Urlaub – und der Rest schaffte es allein nicht.

Somit sind die Berichte in dieser Ausgabe, insbesondere zum **1. Mai**, nicht mehr aktuell, trotzdem haben wir sie ‚drin‘ gelassen – vielleicht ist ja dennoch das eine oder andere für manche nicht bekannt gewesen.

Das Thema 1. Mai ist auch deshalb von grundlegendem Interesse, weil in diesem Jahr der Staat durch sein Bundesverfassungsgericht in aller Deutlichkeit klarstellte: Faschistisches Gedankengut ist verfassungskonform – antifaschistischer Widerstand ist dies nicht.

Mit der aktuellen Lage in diesem Lande sowie einer historischen Einordnung der Verhältnisse befasst sich ein ausführlicher theoretischer Artikel von **Diethard Möller** aus Stuttgart unter dem Titel **„Rechtsradikalismus, Rassismus, Faschismus und die Ohnmacht der Linken“**.

Auch der Beitrag von **Winfried Wolf** in den **Gelben Seiten** zur Frage der **Entschädigung für ehemalige Zwangsarbeiter** ist insofern nicht mehr ganz aktuell, als in diesen Tagen die Wirtschaft endlich grünes Licht für die Freigabe der Gelder gegeben hat, aber es lohnt sich dennoch, sich noch einmal die ganze skandalöse Entwicklung in Erinnerung zu rufen.

Sehr aktuell ist dagegen der Beitrag von **Özgür Sezgin**, Vorsitzende des **Internationalen Freundschaftsvereins (IFV)**, zur Lage in der **Türkei**. Ihr Beitrag **„Türkei – Staatsterror ist nicht demokratisierbar“** setzt sich mit den Ursachen und dem Verlauf der tiefgehenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Krise in der Türkei auseinander.

Aktuell auch insofern, als das **Todesfasten** in der Türkei fortgesetzt wird und inzwischen über 30 Menschen zu Tode gekommen sind.

Weil bei vielen große Rat- und Hoffnungslosigkeit besteht, was wir hier in Deutschland tun können, hat der IFV die bekannte Istanbuler Menschenrechtlerin **EREN KESKIN** eingeladen, die vom 6.-10. Juni auf mehreren Veranstaltungen im Ruhrgebiet sprechen wird.

Zum gleichen Thema gibt es den Vorabdruck eines Interviews mit **AKIN BIRDAL**, das von **Janik Le Cainak** und **Bruno Ripoché** geführt wurde.

Eigentlich hatten wir vor, in dieser Ausgabe ausführlich auf die Entwicklung unserer Zeitschrift in den letzten Jahren einzugehen – immerhin geht die AntifaZ mit der vorliegenden Ausgabe in ihr 15. Erscheinungsjahr. Das haben wir aus Zeitgründen nicht geschafft, daher nur eine kurze ‚Würdigung‘ und die Ankündigung, dass wir in naher Zukunft einiges ändern müssen – lasst Euch überraschen.

Mehrfach haben wir über den Kampf für das dauerhafte Bleiberecht für die Hertener Familie **Guberovic** berichtet und dabei auch erwähnt, dass in einer Foto-Dokumentation auch ein Portrait von Frau Nevza Guberovic erscheinen würde.

Inzwischen ist die Foto-Ausstellung unter dem Titel **„Frauen in Zeiten des Strukturwandels“** im **Hertener Glashaus** zu sehen, wir berichten von der Eröffnungsveranstaltung am **20. Mai 2001**.

Auch diesmal gibt es wieder keine **„News aus dem Ruhrgebiet“**, die findet Ihr aber auf unseren Internet-Seiten. Was sonst noch drin steht, Ihr findet’s im Inhaltsverzeichnis.

Für die Redaktion

WT

1. MAI 2001

Nazi-Aufmärsche durch Verfassungsgericht erlaubt antifaschistische Demonstrationen verboten

Der 1. Mai 2001 hat es noch einmal für alle, die es noch nicht wussten, bestätigt: Faschistische Politik wird durch das Grundgesetz geschützt, antifaschistische Gegenwehr ist verboten.

In mehreren deutschen Demonstrationen in Essen und Augsburg.

In mehreren deutschen Großstädten, so in Berlin, Frankfurt, Essen, Dresden, Mannheim und Augsburg, konnten am 1. Mai insgesamt etwa 3000 Neonazis aufmarschieren, Tausende Polizisten waren im Einsatz, um die Nazi-Aufmärsche zu schützen und linke und antifaschistische Gegendemonstrationen zu verhindern und nahmen in Berlin und Hamburg zahllose Antifaschisten vorläufig fest.

Der Höhepunkt staatlicher Repression fand wie jedes Jahr in Berlin statt, wo über 9000 Polizisten im Einsatz waren (siehe anschließender ausführlicher Bericht).

Der besondere Skandal, in politischer Hinsicht aber nur konsequent, war das Verbot der antifaschistischen Demonstration in Berlin durch Innensenator Eckart Werthebach (CDU), die von der dortigen Antifaschistischen Aktion/BO angemeldet worden war.

Das Bundesverfassungsgericht bestätigte das Verbot der antifaschistischen Demonstration, hob aber das von Werthebach gegenüber der NPD ausgesprochene Verbot wieder auf.

Per Eilentscheidung erlaubte das BVG auch die NPD-

Auch in Mannheim und Dresden waren die Nazi-Aufmärsche erlaubt, im Unterschied zu Berlin dagegen auch die antifaschistischen Gegendemonstrationen, die insgesamt kaum in der Lage waren, diese zu verhindern, mit einer Ausnahme: Frankfurt/Main.

Hier gelang es 6000 Antifaschisten, durch Barrieren auf den Schienen die Anfahrt der Faschisten mit der U-Bahn zu verhindern. Bis zum Abend kam es dabei zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Interessant, aber eigentlich nicht neu, ist die Begründung für die Demogenehmigungen für die Faschisten durch das BVG: Solange die Organisationen (wie die NPD) nicht verboten seien, sei die politische Verbreitung ihres Gedankengutes erlaubt.

Ausdrücklich wird den Faschisten damit bestätigt, dass faschistische Ziele mit dem Grundgesetz vereinbar sind, antifaschistische Gegenwehr dagegen nicht.

Weltweite Aktionen am 1. Mai

In vielen Ländern kam es am 1. Mai zu Demonstrationen, teilweise zu harten Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt.

In Moskau demonstrierten 20 000 Menschen zum Kreml, der Vorsitzende der KP, Genadi Sjuganow, forderte die Entlassung der Regierung. Er sagte auf der Kundgebung: „Eine Handvoll Oligarchen haben Russland in ihren Klauen und wollen die letzten Guthaben des Landes verschern.“

In der ostanatolischen Stadt Diyarbakir wurden bei Zusammenstößen zwischen Anhängern der kurdischen Partei HADEP und der türkischen Polizei mindestens fünf Kundgebungsteilnehmer verletzt. In der übrigen Türkei nahmen Zehntausende an Großkundgebungen in mehreren Städten teil.

In der jugoslawischen Hauptstadt Belgrad nahmen 2000 Mitglieder einer unabhängigen Gewerkschaft an einer Kundgebung teil und feierten den ersten Tag der Arbeit nach dem Sturz von Präsident Milosevic. Gewerkschaftschef Branslav Canak sagte: „Wir werden nicht mehr zulassen, dass jemand

das Geld der Arbeiter in seine Taschen wandern lässt.“

In Zürich kam es nach der Mai-Kundgebung zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die Polizei setzte Wasserwerfer, Gummigeschosse und Tränengas ein.

In London demonstrierten 10 000, angeführt von 500 Fahrradfahrern, mit 6000 Polizisten versuchte die Staatsgewalt, Sachschäden im Londoner Finanzdistrikt zu verhindern.

Erstmals seit der staatlichen Teilung im Jahr 1948 haben in Nordkorea Gewerkschaftsvertreter beider Länder an einer gemeinsamen Kundgebung zum 1. Mai teilgenommen. Die mehr als 1000 Gewerkschaftsvertreter aus Nord- und Südkorea trafen sich am Fuße des Kumgang-Gebirges an der Südostküste. Bei der Kundgebung rief ein Vertreter des nordkoreanischen Dachverbandes GFTUK die Teilnehmer auf, sich für die Vereinigung beider Länder einzusetzen.

Im australischen Sydney kam es zu Auseinandersetzungen zwischen 2000 Globalisierungsgegnern und den Sicherheitskräften.

In Colombo, der Hauptstadt Sri Lankas, führten Motorradfahrer mit roten Helmen und einem riesigen Foto von Karl Marx den Demonstrationzug zum 1. Mai an.

Der 1. Mai in Berlin

(Korrespondenzbericht)

Der 1. Mai in Berlin führte schon im Vorfeld zu großen Diskussionen. Der Polizei-

präsident von Berlin hatte sowohl die angemeldete NPD-Demonstration wie auch die revolutionäre 1. Mai-Demonstration der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB) verboten. Doch dabei sollte es nicht bleiben. Die NPD-Demonstration wurde vom Verwaltungsgericht wieder erlaubt, jedoch an den Stadtrand (Ost-Berlin) verlegt.

Wir haben uns in den vergangenen Jahren nicht an den revolutionären 1. Mai-Demonstrationen beteiligt, da sie nicht politisch waren und die Gewalt als Selbstzweck verherrlichten. Dadurch wird von der eigentlichen Bedeutung des 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse abgelenkt. Das schadet uns.

Doch das Verbot der Demonstration in Verbindung mit

tion herausgegriffen, die am wenigsten Akzeptanz in der Bevölkerung und innerhalb der Linken hat. Und dies ist nun mal die Demonstration der AAB. Wenn dieser Eingriff akzeptiert wird, wird es das nächste Mal eine weitere Demo treffen. Es ist also ein Angriff auf die demokratische Bewegung insgesamt.

Seit Mitte der 90er Jahre wird versucht, in der Bundeshauptstadt das Recht auf politische Demonstrationen zu beseitigen. Begonnen hat es mit massiven Polizeieinsätzen gegen die Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Demonstrationen. Vorläufiger Höhepunkt war ein Verbot im Jahr 2000 dieser größten Demonstration linker Kräfte in Europa.

Unsere Zielsetzung für den 1.



Kritik der Waffen ?

Foto: AP

der Ankündigung des Innenministers Werthebach, weitere Einschränkungen des Demonstrationsrechtes vornehmen zu wollen, hat folgenden Hintergrund: das Recht auf politische Demonstration soll uns genommen werden. Dabei wird zunächst die Demonstra-

Mai 2001 war es, klassenkämpferische Positionen auf der Gewerkschaftsdemonstration zu verbreiten und für das recht auf Demonstrationsfreiheit einzutreten.

Der Tag begann um 10.00 Uhr mit der Demonstration der Gewerkschaft, genauer

einem Sternmarsch hin zum Roten Rathaus. Wir beteiligten uns an der Demonstration der IG Metall. Dort demonstrierten auch viele ausländische Organisationen. Vor dem Roten Rathaus angekommen, versammelten sich bis zu 18 000 Berlinerinnen und Berliner bei Bier und Würsten, aber auch vielen politischen Ständen. Der KPD war von vornherein das Aufstellen eines Büchertisches vom DGB verboten worden, da angeblich nur DGB-nahe Organisationen einen Stand machen durften. Nichtsdestotrotz stellten wir uns – wie viele andere revolutionäre Organisationen – vor dem Roten Rathaus auf. Der Büchertisch war gut besucht, auch Diskussionen kamen zustande. Teilweise kam die Verbitterung über die herrschende Politik, aber auch die Ratlosigkeit zum Ausdruck.

Zeitgleich fand in Hohenschönhausen am Stadtrand von Berlin ein NPD-Aufmarsch mit 1000 Anhängern statt.

2000 Polizisten schützten die Faschisten vor 300 Antifaschisten, ein Durchkommen war nicht möglich. Das Motto der NPD war „Arbeit zuerst für Deutsche“ und in sozialdemagogischer Weise griff der NPD-Vorsitzende Udo Voigt die Gewerkschaften als Verräter der Arbeiterklasse an.

Eine Gegendemonstration war leider nicht angemeldet worden. Unter den Antifaschisten waren Prominente wie der ehemalige KZ-Häftling Fritz Teppich. Der Polizeiein-

satzleiter war höchst zufrieden mit dem Demonstrationsverlauf, denn „durch das große Polizeiaufgebot konnten wir Linke und Rechte voneinander trennen“ (Berliner Zeitung vom 2. Mai 2001).

Es scheint zur Normalität zu werden, dass Faschisten den 1. Mai für sich beanspruchen. Wir Antifaschisten haben aber in Berlin noch kein geeignetes Vorgehen dagegen entwickelt.

Um 13.00 Uhr war eine Demonstration der PDS, des Bundesarbeitskreises kritischer Juristen (BAK) und anderer demokratischer Organisationen genehmigt worden. Angemeldet war die Demonstration für 15.00 Uhr, die Polizei genehmigte sie jedoch nur für 13.00 Uhr. Einmal, weil ab 16.00 Uhr im Bereich Kreuzberg Oranienplatz generell Demonstrationsverbot verhängt wurde, andererseits, um die Linke zu spalten, denn um 13.00 Uhr findet nämlich jedes Jahr eine Demonstration der „Internationalen Kommunisten“ statt. Diese war dann auch nicht sonderlich gut besucht.

Wir beteiligten uns an der PDS-Demonstration gegen Demonstrationsverbote. Das Publikum war sehr gemischt, die Stimmung weit politischer als in den letzten Jahren. Von Autonomen, über türkische Jugendliche, über PDS-ler bis hin zu Kreuzberger Anwohnern war alles vertreten.

Das Demonstrationsverbot hat in gewisser Hinsicht die demokratischen Kräfte wieder

geeint.

Auf dem Mariannenplatz fand wie jedes Jahr ein antifaschistisches Volksfest mit Imbissständen, Musikgruppen, Hüpfburg und politischen Büchertischen statt.

Bis dahin war der Verlauf des 1. Mai friedlich. Doch ein Knistern war in der Luft zu spüren. Und je später es wurde, desto mehr Bullen krochen aus den Seitenstraßen und begannen zu provozieren, indem sie Menschen willkürlich schubsten usw. da das Wetter gut war und die Neugierde groß, reisten immer mehr Schaulustige an, die in Cafes oder an Straßenecken standen und von den Demonstranten nicht zu unterscheiden waren.

Als um 15.00 Uhr die Demonstration der Internationalen Kommunisten beendet wurde, flogen die ersten Steine.

Die Polizei riegelte den Oranienplatz und die Adalbertstraße ab. Demonstranten wollten dennoch zum Oranienplatz vordringen, da dies der eigentliche Sammlungsort für die verbotene revolutionäre 1. Mai-Demonstration war. Doch von einem Einsatzleiter wurden die Demonstranten an der Kreuzung Oranienstraße/Adalbertstraße aufgefordert, das Gebiet „in Richtung Mariannenplatz“ zu verlassen (Berliner Zeitung vom 4. Mai 2001). Dass auf dem Mariannenplatz 5000 Besucher, darunter etliche Kinder waren, schien die Polizei nicht zu stören. Im Nachhinein wurde dies als „Panne“ dargestellt.

Auf dem Mariannenplatz schließlich eskalierte die Situation, 2 Stunden lang hatten die Autonomen die Oberhand, Barrikaden brannten, Autos wurden umgestülpt, Steine flogen ...

Anschließend kesselte die Polizei 200 Personen ein (Der Tagesspiegel vom 2. Mai 2001).

Die Auseinandersetzungen gingen bis in die Nacht. Es war nicht mehr möglich, den Bereich zu verlassen, selbst für Anwohner nicht.

Der 1. Mai in Kreuzberg ist populär. Mittlerweile hat die Demonstration immer zwischen 10 und 15 000 Demonstranten. Das sind natürlich überwiegend Autonome, die teilweise bundesweit anreisen, um sich und ihre Bewegung zu feiern. Das Motto ist immer so unverständlich wie hohl, aber angeblich sehr revolutionär, wie „Deutschland abschalten“ (2000) oder „Das Ende der Gewalt“ (2001). Dem Ruf der 1. Mai-Demo folgen etliche Tausende, für die die „love parade“ zu soft ist. Darunter auch Jugendliche aus den reichen Vierteln Berlins wie Zehlendorf. In den letzten Jahren nahmen aber auch vermehrt türkische Jugendliche aus Kreuzberg an den Auseinandersetzungen teil. Tagtäglich sind sie den willkürlichen Kontrollen der Polizei ausgesetzt, werden diskriminiert und ghettoisiert. Am 1. Mai lassen sie dann ihren Frust ab. Der Hass ist bei ihnen besonders groß. Es ist ein sozialer Protest ohne politische Richtung.

ZDF und andere Medien decken Straftaten der Polizei. Bereist im Vorfeld haben Medien, wie die Berliner Zeitung, Kurier, BZ Lügen verbreitet, Panik geschürt: „Chaoten: Wir schlagen alles zusammen! Polizei: Wir schützen alles!“ Beweise für die Behauptungen: Keine.

waren (indymedia.de) Das Resümee des 1. Mai sind 616 festgenommene Demonstranten, 200 mehr als im letzten Jahr, darunter der Polizeibeobachter und Professor der Freien Universität Berlin, Wolf Dieter Narr. Gut 200 Personen wurden verletzt, eine Frau erlitt einen Schädelbruch (Berliner Zei-



Feuerpause

Foto: Reuters

Kreuzberg: Bereits um 16.00 Uhr begannen in der Schlesischen Straße Zivilpolizisten sich als Demonstranten zu verkleiden und Waffen anzulegen. Eine Gruppe von 50 Zivilpolizisten griff ohne Vorwarnung Gruppen von Passanten an. Als sich gerade eine größere Gruppe Zivilpolizisten „Hassmasken“ anlegte, um Krawalle anzuzetteln, wurden gezielt Kamerteams angesprochen, dies zu dokumentieren. Antwort dieser: „Nein, wir haben einen anderen Schwerpunkt“. Ein Kamerteam war vom ZDF, das andere konnte nicht identifiziert werden. Die Meldungen der Nachrichtenagenturen bestanden aus den typischen Satzbausteinen, die interessanterweise schon kurz vor den Ereignissen zu lesen

tung vom 3. Mai) Werthebachs Konzept ging nicht auf. Er wollte die Demonstration verbieten, dagegen gab es nun Auseinandersetzungen härter denn je. Andererseits dienen die Bilder von Randalen, Steinewerfern und Autozerstörern bestens für weitere Polizeimaßnahmen gegen politische Demonstrationen in Berlin. Werthebach ist nun unter Beschuss: von der Gewerkschaft der Polizei, der SPD, der PDS und den Grünen; allein seine Partei, die CDU, sieht in der Taktik einen Erfolg (Tagesspiegel vom 3. Mai 2001). Gerade die SPD hatte sich aber zuvor hinter Werthebach gestellt. Sie versucht nun, die Schuld von sich abzuwälzen. Dieses Jahr hat der SPD/

CDU-Senat gezeigt, wie er in Zukunft mit politischen und sozialen Konflikten in dieser Stadt umgehen will: Neonazis dürfen sich kontrolliert formieren. Allen anderen wird gezeigt, wo der Knüppel hängt. Um bürgerlich-demokratische Regelungen legal verändern zu können, brauchen die herrschenden noch immer bestimmte Voraussetzungen und Anlässe. Gibt es sie nicht, müssen sie eben geschaffen werden.

Uns ist klar: wir müssen geübt sein gegen die Angriffe auf das Recht auf politische Demonstrationen.

1. Mai in Recklinghausen

Traditionell fanden sich 150 000 Menschen auf dem „Festspielhügel“ ein, traditionell hielt der DGB vor mehreren Hundert Zuhörern seine Kundgebung ab, dies Jahr „für Mitbestimmung“, traditionell zog auch eine Demonstration vom Recklinghäuser Rathaus zum Festspielhügel hinauf – nur dass diese Demonstration in diesem Jahr nicht vom DGB, sondern von einem Komitee linker Gewerkschafter organisiert wurde.

Die wollten sich nämlich nicht damit abfinden, dass angesichts nach wie vor hoher Arbeitslosigkeit, Rentenbeitrag und Zunahme von Rassismus und Neofaschismus nicht einmal mehr am 1. Mai auf der Straße demonstriert wird, was die ArbeiterInnen davon halten.

Trotz des Boykotts der DGB-Führung nahmen immerhin 150 Menschen aus verschie-

denen Einzelgewerkschaften wie GEW, verdi, IG Metall und Gewerkschaft der Polizei an der Demo teil, unterstützt wurde sie von linken Organisationen wie PDS, DKP und MLPD.

Die Stadt Recklinghausen versuchte in diesem Jahr zum ersten Mal, linke Organisationen wie DKP und PDS so weit wie möglich in ihrer politischen Tätigkeit einzuschränken und genehmigte ihnen keine Stände in der Nähe des Mai-Festes. Die DKP konnte mit der Androhung einer einstweiligen Verfügung immerhin durchsetzen, eine Platz am Eingang zum Festspielhügel zu erhalten, die PDS verzichtete auf

durchführen wollte, wurde der Platz dort kurzerhand zum Taxi-Halteplatz umgewidmet. Als ob die Entpolitisierung und Kommerzialisierung des 1. Mai in Recklinghausen nicht schon alle Rekorde gebrochen hätte.

Unsere Organisation führte – ebenfalls traditionell – einen Infostand auf dem Kulturfest durch und unterstützte die Unterschriftenkampagne für Selahaddin Ekinci, Mitglied des Internationalen Freundschaftsvereins (IFV), der aktuell von Abschiebung bedroht ist. Mittlerweile wurden über 1000 Unterschriften für ein dauerhaftes Bleiberecht gesammelt.

Dass solche Aktionen keine-



AFB-Kampagne: Bleiberecht für S. Ekinci

Foto: AFB

einen Stand.

Aus der Verwaltung ließ man durchblicken, dass diese Anordnung „von ganz oben“ gekommen war. Vorrang erhielt einmal mehr der Kommerz: Weil die Taxifahrervereinigung – mit Sicherheit eher CDU-nahe – unbedingt Fahrten bis zum Eingang des Kulturfestes

swegs aussichtslos sind, zeigt das Beispiel der bosnischen Familie Guberovic in Herten. Auch hier trug die Unterschriftenaktion dazu bei, dass ihr Fall öffentlich breit bekannt und unterstützt wurde.

Auch Selahaddin darf nicht abgeschoben werden!

Stefan W. Born (AFB)

TÜRKEI

STAATSTERROR IST NICHT DEMOKRATISIERBAR

IWF stopft weitere Milliarden in ein Fass ohne Boden

Wer meint, dass man nur weitere Milliarden Dollar als Kredite oder auch als Geschenk dem Türkischen Staat zur Verfügung stellen sollte, der ist entweder seinem Geld (nicht) böse oder aber weiß, dass jede Alternative zu dem bestehenden korrupten, faschistischen und militaristischen Staats- und Regierungssystem den eigenen Interessen mehr entgegenstehen würde.

Am 16. Mai gewährte der Internationale Währungsfonds (IWF) der Türkei einen weiteren Kredit von 8 Milliarden Dollar. Für die „Reformprogramme“ stünden der Regierung in Ankara ab sofort 3,8 Milliarden Dollar zur Verfügung, der Rest erfolge später.

Einschließlich der Kredite der vergangenen zwei Jahre erhält die Türkei also 19 Milliarden Dollar vom IWF.

Was ist los in der Türkei ?

Als am Mittwoch, dem 11. April, in der Türkei über 200 000 Kleingewerbetreibende auf die Straßen gingen, davon allein in Ankara 70 000 und in Izmir 40 000, wurde vor aller Welt deutlich, dass das türkische Regime de facto bankrott ist. Als sich kleinere Gruppen aus den Demonstrationen Auseinandersetzungen mit Polizei und Armeeeinheiten lieferten, nahm die Polizei 131 Personen fest.

Als Reaktion auf die Auseinandersetzungen haben in der Türkei die Gouverneure in 12 der 80 Provinzen ein Demonstrationsverbot verhängt. Das Demonstrationsverbot galt unter anderem für Ankara und Konya, wo es zu den schwer-

sten Zusammenstößen gekommen war, aber auch für Istanbul. Somit konnte der größte Teil der Protestkundgebungen, die die „Plattform Arbeit“ (ein lockerer Zusammenschluss aus Gewerkschaften und Bürgerrechtsgruppen) für den 14. April geplant hatte, nicht stattfinden.

On Istanbul musste die Kundgebung indes nicht abgesagt werden, da der Gouverneur diese bereits vorher genehmigt hatte. Er forderte die Veranstalter jedoch eindringlich auf, „Provokationen“ zu verhindern. Nach dieser Kundgebung galt dann das Verbot für einen Monat auch für Istanbul - also auch am 1. Mai.

Möglich, dass auch die Teil-

nahme von DHKP/C und TKP/ML mit dazu führte, dass es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kam, aber im Grunde von untergeordneter Bedeutung, da die Wut unter den Hunderttausenden über die Vernichtung ihrer Existenzen gewaltig war.

Jedoch, wie aus der Geschichte bekannt, reicht es nicht aus, dass die Massen subjektiv den Wunsch verspüren, das System zu stürzen - ohne eine gesellschaftliche Perspektive, die fortschrittlich über die bestehenden Verhältnisse hinausweist, ist keine tatsächliche Veränderung möglich.

Und die ist bei der Masse der Kleinhändler und Kleingewerbetreibenden selbstverständ-

lich nicht vorhanden - sie sind in ihrer großen Mehrheit konservativ.

Zur Entwicklung der aktuellen Krise

Am 19. Februar stürzte die Türkei in ihre bisher schwerste Finanzkrise - allerdings ist dies nur die Außenseite der Medaille.

Reformprogramm“ vorlegen, um die Wirtschaftskrise konkret zu bekämpfen

Die Realität aus den Augen verloren

Genauso optimistisch, aber auch genauso unverbindlich, äußerte sich sein Stellvertreter Devlet Bahçeli von der Nationalistischen Aktionspartei

chige Zeitung „Turkish Daily News“. Auch in der Vergangenheit haben türkische Regierungen des Öfteren dieses Traumprojekt aus der Schublade geholt, ohne dass das Vorhaben je einen Schritt weitergekommen wäre.

Die türkische Öffentlichkeit fragt sich, ob die Regierung Ecevit wohl in Spiellaune ihre Späße mit der Nation treibt oder doch eher die Realität nicht mehr sieht.

Die offizielle Ruhepause wegen des religiösen Opferfestes Anfang März dauerte 10 Tage, eine Atempause für die Regierung.

Nun müsse aber jemand den Ministerpräsidenten daran erinnern, dass die Türkei immer noch in einer Wirtschaftskrise stecke, lästerte der Kolumnist der Tageszeitung „Hürriyet“, Fatih Altaylı.

Eine Regierung ohne Macht
Populär geworden ist Kemal Dervis, bis vor kurzem einer der Vizepräsidenten der Weltbank. Der 53jährige Finanzexperte wurde auf Einladung seines ehemaligen Freundes und politischen Mentors Ecevit Ende Februar aus Washington nach Ankara geholt. Auf ihn konzentrieren sich die Hoffnungen der ganzen Nation.

Kemal Dervis wurde als Staatsminister vereidigt und verantwortlich für die gesamte Wirtschaftspolitik. Er legte am 14. März abermals ein „Reformprogramm“ vor.

Kernstück seiner „Rettungsaktion“ sei die Sanierung des verschuldeten Bankenwesens, sagte Dervis vor Journalisten. Dabei sollen drei der vier stark defizitären



Schnell noch Dollars kaufen, bevor die Bank zusammenkracht

Foto: AP

Innerhalb weniger Tage waren Milliarden von Dollars aus der Türkei in andere Staaten transferiert worden, die Aktien- und Börsenmärkte vollkommen zusammengebrochen. Am Geldmarkt erreichten die Sätze astronomische Höhen, während die nationale Währung gegenüber dem Dollar um rund 40 Prozent abgewertet wurde. Damit lag das sogenannte Stabilisierungsprogramm, das vom Internationalen Währungsfonds mitgetragene „Reformprojekt“ der Türkei, in Scherben.

Dennoch zeigte sich nach einer langen Serie von zermürbenden Sitzungen der türkische Ministerpräsident Ecevit optimistisch. Seine Regierung werde in wenigen Tagen ein neues „

(MHP). Das Ausmaß der „Februar-Krise“ sei von „gewissen Kreisen“ übertrieben worden, erläuterte er Journalisten. Stabilisierungsprogramme seien oft revidiert und den neuen Gegebenheiten angepasst worden. Eine „Katastrophe“ sei das aber in Wirklichkeit nicht. Der Regierungssprecher Sinan Sükrü Gürel unterstrich die Zuversicht der Regierung gar mit der Ankündigung von neuen, groß angelegten Projekten. Wie er der Presse offenbarte, habe das Kabinett beschlossen, ein Projekt für den Bau einer Schnellzugverbindung zwischen Ankara und Istanbul in Höhe von 6 Milliarden Dollar voranzutreiben. „Ist das ein Witz?“, emporste sich die englischspra-

Banken unter einem gemeinsamen Vorstand zusammengelegt werden. Ferner werde die Zentralbank durch eine forcierte Intervention auf dem Devisenmarkt die kurzfristigen Schwankungen der türkischen Währung auszugleichen versuchen. Dervis kündigte auch an, dass Engin Akcakoca zum Vorsitzenden des Banken-Aufsichtsrates und Faik Öztrak zum Chef des Schatzamtes ernannt werden. Wie Dervis ausführte, handele es sich bei diesem Paket um die ersten „Notmaßnahmen“ und nicht um das eigentliche, von der Wirtschaft erwartete makroökonomische Sanierungsprogramm. Dieses solle später vorgelegt werden. Wenn das Bankensystem nicht saniert werden könne, drohe dem Land eine Wirtschaftsschrumpfung von 4-5 Prozent. In einem ersten Schritt wolle er deshalb die Liquiditätsengpässe der staatlichen Banken beseitigen. Dazu müssten ca. 13 Milliarden Dollar in das System gepumpt werden.

Mit anderen Worten - Der IWF musste sofort handeln, sonst ginge gar nichts mehr.

Nun, der IWF handelte, hatte er doch schon am 20. Februar verlauten lassen, dass der IWF die Türkei nicht „hängen lasse“. Schon Ende 2001 hatte der IWF den Kreditrahmen der Türkei auf 11,4 Milliarden Dollar verdreifacht.

Und US-Schatzsekretär Paul O'Neill hatte der Türkei die volle Unterstützung der Bush-Regierung zugesagt. Die „Türkei sei ein wichtiger Verbündeter und ein guter Freund. Amerika stehe weiterhin voll

und ganz hinter dem IWF-Programm. Die Türkei habe unter diesen Vereinbarungen beträchtliche Fortschritte gemacht.“

Weitere „Fortschritte“ unter Dervis

Nun, der „Neue“ kündigte weitere „Reformen“ an. Aus dem alten, gescheiterten „Stabilisierungsprogramm“ übernahm er eine Reihe von Privatisierungs-Vorhaben. Neben dem staatlichen Telefon-Konzern Türk Telekom und der nationalen Fluggesellschaft Turkish Airlines sollen bald auch eine Reihe von staatlichen Zucker-, Alkohol- und Tabakmonopolen privatisiert werden.

Außerdem sollen die Staatsausgaben um neun Prozent gesenkt werden. Diese Kürzung wird hauptsächlich auf Kosten der Angestellten im öffentlichen Dienst und der Bauern gehen. Den Staatsangestellten, die einen großen Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung ausmachen, wurde bereits eine Nullrunde bei den kommenden Tarifverhandlungen angekündigt, was angesichts einer prognostizierten Inflation von 58 Prozent ein erheblicher Einkommensverlust ist. Viele Landwirte leben davon, dass der Staat ihre Ernte zu einem festgelegten Preis, der in der Regel über dem Weltmarktniveau liegt, aufkauft. Das ist nun vorbei.

Die positivste Nachricht ist noch, dass auch der Rüstungssektor nicht ungeschoren bleibt. Für den Zeitraum der nächsten zehn Jahre sollen Rüstungsprojekte im Wert von 19,5 Milliarden Dollar gestrichen werden, unter an-

derem der Kauf und die Produktion des umstrittenen deutschen Panzers Leopard II. Als weitere gute Nachricht kündigte Dervis an, dass es keine Steuererhöhungen geben wird, was vor allem für die Industrie relevant ist.

Die Großindustrie - zufriedengestellt

In der Vergangenheit hatte der Verband der Großindustrie, Tüsiad, die Regierung stets schärfer kritisiert als TOBB, der Dachverband der Industrie- und Handelskammern (in dem vor allem die Kleingewerbetreibenden organisiert sind).

Heute ruft Tüsiad die Regierung lediglich zu einer umfassenden Regierungsumbildung auf. Die Regierung lehnt das bisher zwar ab, sie könnte aber dennoch möglich werden, wenn der Generalstaatsanwalt die Ermittlungen zu Korruptionsvorwürfen abschließt, die im Zusammenhang mit Energieprojekten stehen. Es wird erwartet, dass in dem zu veröffentlichenden Dokument auch Energieminister Ersümer genannt wird.

Grund für die im Ton zwar scharfe, in der Sache aber zurückhaltende Kritik von Tüsiad ist, dass die Großindustrie von der Wirtschaftskrise weniger stark betroffen ist als der Mittelstand. Auch hoffen die Großindustriellen, von den IWF-Milliarden am stärksten zu profitieren.

Auch dürfte von Bedeutung sein, dass Kemal Dervis bei Tüsiad in hohem Ansehen steht.

Dervis war 1994 Gründungsmitglied der sogenannten

Neuen Demokratiebewegung, die Cem Boyner, ehemaliger Tüsiad-Vorsitzender, und andere Mitglieder des Verbandes ins Leben gerufen hatten. Seitdem hat sich Tüsiad die meisten Forderungen der jeweils **k u r z l e b i g e n** „Reformprogramme“ zu eigen gemacht.

Nun hat Tüsiad erneut einen Reform-Katalog vorgelegt, zu dem unter anderem die Umwandlung der Todesstrafe in lebenslange Haft, die Beseitigung der Beschränkung der Meinungsfreiheit, die Halbierung der Wahlhürde auf 5 Prozent und die Reduzierung der Kompetenzen des Nationalen Sicherheitsrates gehören.

Opfer gescheiterter

Programme

Nach all dem zeigt sich schon mit großer Deutlichkeit, auf

beahlt für Programme des IWF, die niemals die Besonderheiten der Türkei berücksichtigt hätten und deshalb misslungen seien, sagte Bayram Meral, der Vorsitzende des größten türkischen Gewerkschaftsbundes Türk-Is. Heute ist, laut Meral, „die Einkommensverteilung unechter und die unregistrierte Wirtschaft wie auch die Steuerhinterziehung höher als je zuvor“.

Die Arbeiter dürfen nicht zu „Opfern von ewig gescheiterten Stabilisierungsprogrammen“ werden, sagt Ilyas Köstekli, Führungsmitglied der Gewerkschaft Petrol-Is.

Die nackten Zahlen enthüllen, dass der Durchschnittsbürger ärmer ist als je zuvor. So fiel

die Preise für Benzin, Strom und Importgüter gestiegen. Kleinunternehmen haben Entlassungen angekündigt.

Auch das Dervis-

Programm wird scheitern

Entscheidend für die Analyse der Lage in der Türkei ist jedoch nicht die Frage, wie oft und wie viel Milliarden Dollar der IWF in das „System“ hineinpumpt - er wird dies natürlich bis in alle Ewigkeit weiter fortsetzen, schon deshalb, weil die Türkei als NATO-„Partner“ für die USA von strategischer Bedeutung ist.

Entscheidend ist die Tatsache, dass die sogenannte „politische Klasse“ der Türkei eine Bande von korrupten Kompradoren-Bourgeois darstellt, die immer wieder versuchen wird, auf Kosten der Bevölkerung, in die eigene Tasche zu wirtschaften.

Sicher, die vier größten Banken werden unter Kontrolle gestellt - aber unter wessen

Kontrolle? Etwa unter Kontrolle einer Vertretung aus Betriebsräten, Vertretern der Kleingewerbetreibenden und der Bauern?

Selbstverständlich nur unter Kontrolle eines Vertreters der großen Bourgeoisie - innerhalb deren Reihen der Kampf nur schärfer ausgetragen wird, wer in Zukunft am nächsten an den Geldtöpfen sitzt.

Öznur Sezgin (IFV)



„Der IWF bedeutet Hunger und Unterdrückung“ Foto: Reuters

wessen Kosten sämtliche bisherigen und auch das jetzige „Reformprogramm“ gehen: auf Kosten der Arbeiter, der Angestellten, der Kleingewerbetreibenden und Kleinhändler und auf Kosten der Bauern.

Die türkischen Arbeiter hätten bereits 17mal den Preis

das Pro-Kopf-Einkommen im laufenden Jahr von 3000 auf 2000 Dollar. Der Minimallohn, der für zahlreiche ungelernete Arbeiter ihr Netto-Grundeinkommen bildet, schrumpfte von 156 auf 100 Dollar zusammen. Wegen der Abwertung der türkischen Währung sind nach der Krise

VERANSTALTUNGEN MIT EREN KESKIN

Vom 6.-10. Juni 2001 hält sich EREN KESKIN, bekannte Rechtsanwältin und Menschenrechtlerin aus Istanbul, (erneut) im Ruhrgebiet auf.

Auf Einladung des Internationalen Freundschaftsvereins (IFV) spricht sie auf Veranstaltungen in Recklinghausen und Dortmund.

Die immer unerträglichere Situation in der Türkei, die inhumane Haltung der türkischen Regierung gegenüber der eigenen Bevölkerung, insbesondere gegenüber den politischen Gefangenen, haben uns veranlasst, Veranstaltungen zu organisieren, auf denen beraten werden soll, was wir in Deutschland tun können, um einen Beitrag gegen den Terror des türkischen Staates zu leisten.

Zwar sammeln wir zudem Unterschriften zur Solidarität mit den Todesfastenden, organisieren Informationsaktionen an die Bevölkerung – aber das ändert nichts an dem Gefühl der Ohnmacht angesichts der Tatsache, dass inzwischen über 30 Gefangenen gestorben sind.

KURZPORTRAIT VON EREN KESKIN

EREN KESKIN ist eine Anwältin aus Istanbul. Sie ist Mitbegründerin eines Frauenhilfeprojekts, welches den Opfern von Vergewaltigungen und Übergriffen Rechtshilfe gewährt. Ihre Mandantinnen sind vor allem kurdischer Herkunft. Sie ist stellvertretende Vorsitzende des IHD. IHD ist eine Menschenrechtsvereinigung, welche 1986 gegründet wurde. Die Vereinigung steht in Opposition zum türkischen Staat. Ihre Mitglieder stehen unter starkem Druck und werden massiv verfolgt. Viele ihrer Mitglieder wurden ermordet.

EREN KESKIN kritisiert den türkischen Staat und das Rechtssystem: „Das türkische Justizsystem behandelt ganz offiziell die kurdische Bevölkerung mit Sondergesetzen. Zudem ist das türkische Recht extrem frauenfeindlich.“ Sie bezeichnet das türkische Regime als äußerst reaktionär. Frauen haben in der Türkei keine Lebenssicherheit und sind konfrontiert mit Vergewaltigung und sexueller Belästigung. Diese Probleme müssen sie ganz allein bewältigen, da sie durch Vertreibung aus ihren Heimatgebieten einsam sind und keine Kontakte haben.

Aus diesen Gründen will EREN KESKIN eine Stimme für die Frauen sein und ihnen helfen, ein Thema öffentlich zu machen, welches zu den großen Tabuthemen in der Türkei gehört. Die Themen Sexualität und Vergewaltigung sind bis heute ein großes Tabu. Frauen wagen nicht, über diese Dinge zu sprechen, da sie durch Männer unter großen Druck gesetzt werden. Auch die eigenen Ehemänner, Väter und Söhne tragen dazu bei. Deshalb sprechen Frauen nicht öffentlich über Vergewaltigungen und sexuelle Belästigungen. Mehr noch, sie ekeln sich vor sich selbst und fühlen sich schuldig. Wenn sie darüber sprechen, wenden sich die Familien meistens von ihnen ab. Dieses Denken, EREN KESKIN nennt es feudalistisches Denken, ist tief in der Gesellschaft verwurzelt. Auch sie selbst, die sich als moderne, aufgeklärte Frau sieht, glaubt nicht, dass sie bei sich dieses Denken vollständig überwunden hat.

Ihr Ziel ist es, das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu schärfen und die Frauen zu ermutigen, ihre Fälle publik zu machen. Sie kämpft gegen grausame Vergewaltigungen. Sie bezeichnet die Vergewaltigung als Folter, die die persönliche und kulturelle Identität vernichten soll und systematisch angewendet wird. Frauen sind eine Kriegsbeute, welche benutzt wird, um das Ziel des Krieges, nämlich die Zerstörung der persönlichen und gesellschaftlichen Identität, zu erreichen. Es ist eine traurige Tatsache, dass Frauen bei Festnahmen in der Türkei sexuell belästigt und oft auch gefoltert und brutal vergewaltigt werden. Aufgrund des Tabus sprechen Frauen nicht darüber und klagen die Täter nicht an. So kommen die Polizisten in den meisten Fällen ohne Klage davon.

EREN KESKIN und ihre Mitarbeiterinnen kämpfen einen harten Kampf, wenn sie diese Fälle vor Gericht bringen, denn meistens tun die Angeklagten alles, um davon zu kommen und nutzen dazu auch ihr Beziehungsnetz aus. Doch KESKIN betont, wie wichtig es ist, dass alle innerstaatlichen Rechtswege ausgeschöpft werden, um die Fälle später vor die Europäische Menschenrechtskommission bringen zu können.

VERANSTALTUNGEN MIT EREN KESKIN:

7. Juni, Recklinghausen, 19.00, Haus des ev. Kirchenkreises, Limperstr. 15

9. Juni, Dortmund, 15.00, Bernhard-März-Haus, Osterlandwehr 12-14

DIE GEFÄNGNISSE IN DER TÜRKEI SIND EIN SPIEGEL DES SYSTEMS

Aus aktuellem Anlass veröffentlichen wir ein Interview mit dem türkischen Menschenrechtler Akin Birdal, das in der nächsten Ausgabe des „Asiti“-Bulletins erscheinen wird. Das Interview führten Janik Le Caine und Bruno Ripoche, beide sind Unterstützer der französischen Sektion der „Internationalen Initiative zur Solidarität mit den Hungerstreikenden in der Türkei“.

Asiti: Herr Birdal, Sie haben selbst mehrere Aufenthalte in den Gefängnissen der Türkei hinter sich, zuletzt in 2000. Wie war das? Warum lehnen die Gefangenen das Projekt der Regierung ab?

AB: Die Lebensbedingungen in den Schlafräumen sind nicht akzeptabel. Es gibt Probleme mit der Hygiene, der Pflege, der Ernährung.

Aber es ist nichts getan worden, um sie in einen bewohnbaren Zustand zu bringen. Das Budget, das die Gefängnisse haben, ist unzureichend. Andererseits sind die Isolationszellen auch keine Lösung. Sie reduzieren die physischen und intellektuellen Möglichkeiten des Gefangenen auf Null. Sie schneiden sie vom Leben und von den anderen ab. Es gibt keine Gemeinschaftsräume: nicht zum Fernsehen, zum Radiohören, zum Lesen oder für den Sport. Dieses System bestraft auch die Angehörigen. Ich habe das Gefängnis in Edirne besucht. Dort gibt es das neue System bereits. Bei Besuchen müssen sich die Mütter ausziehen, um sich am Körper von nicht identifizierten Personen

durchsuchen zu lassen. Man weiß nicht, ob es sich dabei um Polizisten oder Zivilisten handelt. Sogar die Anwälte können sich nicht frei mit den Gefangenen unterhalten.

Asiti: Nach 184 Tagen Hungerstreik, wie weit kann sich die Situation noch verschlechtern?

AB: Man muss der Anzahl der Todesfälle noch die 32 Toten vom Dezember hinzufügen, als den Sicherheitskräften der Befehl zum Angriff auf die Gefängnisse gegeben wurde, um in einer Operation namens „Rückkehr zum Leben“ die Bewegung zu zerschlagen.

Heute befinden sich 26 Personen am Rande des Todes. Wenn der Streik aufhörte, behielten 153 Menschen körperliche oder psychologische Folgen zurück.

Für die Gefangenen ist dieser Streik die ultimative Lösung. Für den Staat ist es eine Frage des Prestiges. Ecevit, der Premierminister, hat erklärt, er werde sich dem „Terrorismus“ nicht beugen.

Asiti: Gibt es keinen Ausweg?

AB: In seiner ganzen Art ist das alles künstlich forciert,

um die Aufmerksamkeit abzulenken. Jedes Mal, wenn es eine Krise gibt, holt der Staat das Thema Gefängnisse hervor. Diesmal aber wird das nicht funktionieren. Das System selbst ist so sehr beschädigt, dass es nichts mehr verbergen kann, weder die Wirtschaftskrise noch die politische Krise. Aber der Staat ist nicht der einzige Verantwortliche. Es gibt noch andere: die öffentliche türkische Meinung, die öffentliche europäische Meinung, wegen ihrer beider Gleichgültigkeit.

Asiti: Haben die Türken kein Empfinden für Menschenrechte?

AB: Man ist schon sensibel für Menschenrechte, aber das ist nicht organisiert. Der Staatsstreik von 1980 hat die Gesellschaft terrorisiert, die öffentliche Meinung hat keine Struktur mehr.

Asiti: Wie beurteilen Sie die Haltung der Europäischen Union?

AB: Seit einer Woche hat sie ihre Haltung geändert. Vorher hat sie sich streng wie ein Zuschauer dieser Situation verhalten. Sie hat sie sogar irgendwie ermutigt und

gesagt, dass es auch in europäischen Ländern Isolationszellen gegeben habe.

Asiti: Die Justiz verfolgt Sie aufs neue, weil Sie die Türkei aufgefordert haben, sich für den Völkermord an den Armeniern zu entschuldigen. Was riskieren Sie? Wer hat 1998 auf Sie geschossen?

AB: Das Attentat wurde von einem hohen Verantwortlichen des Militärapparates befohlen. Meine Anwälte haben versucht, Klage einzureichen, und verlangt, dass eine Untersuchung eingeleitet wird. Die geschossen haben, das ist die Konterguerilla, das Äquivalent der GAL in Spanien.

Asiti: Wollen Sie sagen, dass man Sie mit einem Terroristen gleichsetzt?

AB: Nach diesem Attentat wurde ich inhaftiert. Wegen meiner Verletzungen konnte ich nicht schreiben. Ich verlangte ein Diktiergerät. Die Strafvollzugsbehörde antwortet: „Die Forderung des Terroristen Akin Birdal kommt nicht in Betracht.“ Dasselbe geschah den Abgeordneten Orhan Dogan, Hatip Dicle und Leyla Zana (im Gefängnis, weil sie 1992 ihren Eid im Parlament auf Kurdisch leisteten). Sie werden mit Terroristen auf eine Stufe gestellt. So wird es möglich, ihnen alle Rechte zu streichen.

Asiti: Die kurdische Guerilla scheint auf dem Wege der Auflösung seit der Inhaftierung ihres Chefs Abdullah

Öcalan. Öffnet das den Weg für mehr Demokratie?

AB: Die Guerilla ist nicht am Ende. Sie hat eine Feuerpause verkündet. Bis heute hat der Staat das als Vorwand für die Nicht-Demokratisierung benutzt. Das ist die grundsätzliche Frage in der Türkei: Das Interesse des Staates geht vor das Interesse des Einzelnen. Eine wirkliche Demokratie aber schützt zuerst die Rechte des Einzelnen.

Tabu: Die Türkei scheint wie gelähmt...

AB: Es ist das System, das man ändern muss. Die Gefängnisse sind der Spiegel des Systems, eine Wunde, die ununterbrochen blutet. Wir sind Zeugen des Zusammenbruchs eines Staates, der vollständig ist. Seine Nähte krachen, er kann nichts mehr kaschieren. Was heute zählt, ist, das Leiden der Bevölkerung zu verringern und deswegen braucht das türkische



Birdal vor den Schranken des Gerichts

Asiti: Unfähigkeit, die Volk internationale Solidarität. Ansonsten (lacht)... müssen wir uns alle nach Europa einschiffen.

SCHATTEN DER VERGANGENHEIT

Semirkan Kaya

„Seit 33 Jahren lebe ich nun schon in Deutschland. Mich interessiert die Folter in der Türkei nicht“, schallt es aufgebracht aus dem Publikum im Kinosaal. Etwa 75 türkische Intellektuelle und ein paar Deutsche starren danach auf die Bühne, auf der die türkische Schauspielerinnen Deniz Türkali an einem Tisch mit zwei Stühlen Platz genommen hat. Deniz Türkali versucht den Zwischenrufer zu erkennen, bleibt im geblendeten Scheinwerferlicht aber blind. Den Kopf zur Seite gebeugt hört sie zu und erklärt die Intention des Films „Septembersturm“, in dem sie eine der Hauptrollen spielt: „Der 80er Putsch ist das schwerste Erbe, mit dem schlimmsten Einfluss auf die Geschichte und Gesellschaft der Türkei. Und dabei spielt Selbstzensur eine ganz entscheidende Rolle.“

Erst vor einigen Jahren hat man in der Türkei begonnen, mehr oder minder offen über die Ereignisse nach dem dritten Militärputsch vom 12. September 1980 zu diskutieren. Ereignisse, bei denen Willkür, Terror und Unrecht grenzenlos waren.

Der Film „Septembersturm“ versucht, aus der Perspektive eines unbekümmerten Kindes die Angst, die damals ein ganzes Land lähmte, aufzuarbeiten und sich so mit der jüngsten Vergangenheit auseinander zu setzen. Eine Vergangenheit, die auch viele der in Deutschland lebenden Türken und Kurden teilen. Ende April lud nun das Düsseldorfer Metropol-Kino im Anschluss an den Film zu einem Gespräch mit der Schauspielerinnen Türkali ein. Der Verlauf der Diskussion offenbarte jedoch, dass auch sie – die Deutschtürken und –kurden – in Sachen Vergangenheitsbewältigung noch ganz am Anfang stehen. Statt in das Thema einzusteigen, werfen sie Türkali vor, was im Film alles hätte besser gemacht werden können. So hätte der Vater des kleinen Jungen nicht als Kollaborateur des Militärs dargestellt werden sollen. Schließlich habe schon der berühmte und inzwischen verstorbene Satiriker Aziz Nesin gesagt, dass Menschen unter Folter zum Verräter werden könnten.

Ein Totschlag-Argument, das die Diskussion im Keim ersticke und Emotionen hoch kochen ließ. Der Einwurf, „in Lateinamerika gäbe es auch Diktaturen“, machte einen offenen und kritischen Dialog vollends unmöglich. An eine Übersetzung ins Deutsche war unter diesen Umständen gar nicht zu denken. Ein typisches Chaos, in dem man am liebsten laut schreiend den Saal verlassen hätte. Weder der türkische noch der deutsche Veranstalter, das Kino, waren in der Lage, über Moderation und Organisation die Situation in den Griff zu bekommen. Ein weiterer Abend in der Reihe gescheiterter Versuche, über die eigene Vergangenheit zu diskutieren.

„Warum wollt ihr nichts davon wissen?“, schallt es vom Podium in den Saal. Die fehlende Antwort auf diese und weitere unangenehme Fragen machte vor allem eines deutlich: Auch sie, die intellektuellen Türken und Kurden, unterliegen der selbstauferlegten Zensur, von der Türkali an diesem Abend sprach: Der Zensur in den Köpfen. „Und solange wir diese politisch resultierende Selbstzensur nicht aufheben“, sagte

Türkali, „werden all die Gespräche und Diskussionen nur in dem Rahmen bleiben, den wir uns selbst einräumen“.

Weil es aber bequemer ist, nichts oder nur das subjektiv Nötigste über eine schwerwiegende Vergangenheit zu wissen, wird verharmlost und verdrängt.

„Septembersturm“ ist nicht der erste Film zum Militärputsch von 1980. Habib Bektas kommentiert diese Verfilmung seines Romans „Geruch des Schattens“: „Es ist nicht nur ein Film, über den man sich unterhalten kann, sondern ein Film, über den man diskutieren muss, da er ein Beitrag zur Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit ist.“

Aber die erhofften Diskussionen blieben auch in Istanbul auf einige Aufführungen beschränkt. Hier hat man sich von einer Vergangenheitsbewältigung verabschiedet, bevor sie überhaupt begann. Selbst die Journalisten schweigen, obwohl nicht wenige von ihnen im Herbst 1980 selbst inhaftiert worden waren. Sie leben zwar, wie der Rest der Bevölkerung, ewig in der Vergangenheit, aber ohne sie zu thematisieren oder zu bewältigen. Ob in der Juden-, Armenier- oder Kurdenfrage – immer wieder scheitern sie daran, dass es am Wissen um die tatsächlichen Ereignisse mangelt.

Laut Deniz Türkali wissen nicht einmal Istanbul Studenten, wer damals an der Regierung war, geschweige denn, dass das Militär geputzt hat. Während früher mehr als die Hälfte der Bevölkerung politisiert war, gebe es heute keine gemeinsame Ebene der Auseinandersetzung.

Und so verwundert es nicht, dass auch hier lebende Türken und Kurden einen Konsens ausschließen, nur in Teilbereichen zusammenkommen und die Diskussionen aneinander vorbeilaufen.

Statt selbst die Vergangenheit aufzuarbeiten, fordern sie von den verschiedenen Kunstzweigen eine Alternative zur Politik. Wie aber soll das türkische Kino, das gerade einmal dreißig Filme im Jahr produziert, eine entpolitisierte und verantwortungslose Gesellschaft sensibilisieren, wenn die Angst vor der Angst mächtiger ist als die Sprache des Widerstandes?

(aus: persembe vom 17. Mai 2001)

FRAUEN IN ZEITEN DES STRUKTURWANDELS

Eine Ausstellung von Cornelia Suhan und Saskia Siefert

Am 20. Mai wurde im Glashaus Herten eine Ausstellung eröffnet, in welcher die Fotografin Cornelia Suhan und die Soziologin Saskia Siefert anhand von 32 Frauenportraits aus dem Ruhrgebiet, genauer aus den Städten Herten, Oberhausen und Duisburg, die Situation von Frauen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnissen dokumentieren.

Zugegeben, ich besuchte die Eröffnung der Ausstellung in erster Linie, weil unter den portraitierten Frauen auch Nevza Guberovic sich befindet. Über sie und ihren erfolgreichen Kampf um ein dauerhaftes Bleiberecht hat auch unsere Zeitschrift mehrfach berichtet, und Frau Siefert erwähnte dann auch zu Beginn ihrer einleitenden Worte, dass Nevza und ihre Familie nun endgültig ‚sicher‘ sind – wozu das Portrait in der Ausstellung vermutlich ebenfalls einen Beitrag leistete.

Nach den einleitenden Beiträgen von Renate Schmitt-Hofemann vom Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit und insbesondere nach dem Vortrag von Frau Siefert wurde einem dann wieder einmal klar, wie viel noch zu tun bleibt, damit Frauen endlich die volle Gleichberechtigung in der Gesellschaft erhalten.

Auch wenn festgestellt wurde, dass Frauen innerhalb des „Strukturwandels“ im Ruhrgebiet durchaus überwiegend „Gewinnerinnen“ seien, blieb als Fazit dennoch klar, dass die Benachteiligung der Frauen in der Frage Beruf und Familie nach wie vor gewaltig ist.

Die Männer sind in ihrem Alltagsbewusstsein weit davon entfernt, Haus- und Erziehungsarbeit zu übernehmen.

Die ‚Macherinnen‘ schreiben über ihr Anliegen: „Wir wollen mit dieser Ausstellung Diskussionen zu diesen Themen anstoßen. Auch wenn Frauen ihr Leben, wie die Beispiele zeigen, individuell, erfinderisch und keineswegs freudlos gestalten, müssen sie – immer noch eindeutiger und folgenreicher als Männer – Prioritäten setzen, wenn sie sich für Beruf und Familie entscheiden. Diese Problematik ist ebenso alt wie aktuell. Aber sie stellt sich Frauen heute unter Bedingungen, die sich dramatisch verändert haben: auf zwei tragende Säulen unserer gesellschaftlichen Ordnung können wir

uns nämlich nicht mehr verlassen: auf stabile Beschäftigung und stabile Ehen und Familien. Der Wandel von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft ist im Erwerbsleben gekennzeichnet durch diskontinuierliche Arbeitsverhältnisse, durch hohe, ständig wechselnde Anforderungen an Wissen und Fähigkeiten der Erwerbstätigen, an ihre Flexibilität, Mobilität, Kreativität und Verfügbarkeit. Kurz: durch Unsicherheit und Risiko. Diese Konsequenzen betreffen Frauen und Männer. Immer mehr abhanden kommt das „Normalarbeitsverhältnis“ – Vollzeit, lebenslanglich und vornehmlich männlich –, das als wesentliches Strukturmerkmal nicht nur unsere



Frau Guberovic und Frau Dr. Schmidt

Foto: AFB

Arbeitsgesellschaft geprägt hat, sondern auch Grundlage und Bezugssystem für unsere sozialen Versicherungssysteme abgibt. Die Erwerbsbiografien von Männern fangen an Charakteristika aufzuweisen, die bisher für die Berufstätigkeit von Frauen typisch waren: Phasen unterschiedlicher Tätigkeit und unterschiedlicher Intensität der Beanspruchung, Ausfallzeiten, Umschulung, Qualifizierung, Wiedereinstieg. Das bedeutet: Immer weniger Männer werden in der Lage sein, die Rolle des „Ernährers“ (und des Mitversicherers) zu

übernehmen; immer mehr Frauen und Mütter, deren eigene Absicherung hauptsächlich über den „Ernährer“ erfolgt, riskieren prekäre Lebensverhältnisse und Altersarmut. Die rationale Antwort auf diese Problematik hieße: Die „Zweiverdiener-Gemeinschaft“ ist krisenfester.“

Zum Thema „Strukturwandel“

„Im Titel der Ausstellung haben wir für die geschilderten Veränderungen der Rahmenbedingungen den Begriff „Strukturwandel“ gewählt. Er umfasst im allgemeinen Verständ-



Im Ruhrgebiet

Foto: AFB

nis nicht nur den Wandel in der Form des Wirtschaftens, sondern auch die damit verbundenen Umbrüche in der Arbeitswelt und deren Folgen in anderen Lebensbereichen. Diesen Folgen wollten wir in unseren Gesprächen mit den Frauen nachspüren.

Mit der Formulierung „in Zeiten des Strukturwandels“ möchten wir gleichzeitig deutlich machen, dass wir uns bewusst sind, dass die vielfältigen Prozesse des Wandels, von denen das Leben von Frauen (und von Männern) betroffen ist, nicht alle unter dem Begriff „Strukturwandel“ subsumiert werden können. Sozialer Wandel und Strukturwandel gehen gleichzeitig einher, aber nicht nur nebeneinander; sie greifen auch ineinander – „sich behindernd oder begünstigend“. Die geschilderten Veränderungen der Rahmenbedingungen, seien sie nun mehr dem Strukturwandel geschuldet oder mehr dem sozialen Wandel, diese Veränderungen nehmen Einfluss auf bestehende Problemlagen und ungelöste Fragen im Geschlechterverhältnis, auf Entscheidungen und Strategien zur Lebensplanung.

Die Folgen werden noch zu wenig wahrgenommen.“

Zur Wahl des Ruhrgebiets

„Leben und Arbeiten spielen sich nicht in einem „neutralen“ Raum ab, sondern sind „eingebettet“ in einen lokalen Kontext, der durch seine ökonomischen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten und Traditionen prägt. Als Raum für unsere Recherche haben wir das Ruhrgebiet gewählt, weil

- die Auswirkungen des Strukturwandels, so unsere Annahme, im Ruhrgebiet besonders deutlich zu Tage treten, im physisch-sichtbaren, im privaten, im beruflichen wie im öffentlichen Bereich,
- das Ruhrgebiet eine Region des Übergangs ist – selbst wenn traditionelle Kulturmuster noch stark zu spüren sind, und
- die einseitige Ausrichtung der Wirtschaft auf die Gewinnung von Kohle und Stahl „nicht nur der künftigen Wirtschaftsentwicklung ein Erbe hinterlassen (hat)..., sondern auch im umfassenden Sinne auf politische, soziale und kulturelle Denk- und Handlungsweisen ausstrahlt“, wie die Verfasserinnen des „Frauenatlas Ruhrgebiet“ es formulieren.

Für die „Wahl Ruhrgebiet“ gibt es aber auch ganz persönliche, emotionale Gründe: Die Fotograf*in ist selbst eine Frau dieser Region, die mit ambivalenten Gefühlen registriert, wie sich die Städte und Landschaften verändern, „attraktiver“ gemacht werden und dabei Gefahr laufen, auch ihren Charakter, ihre Unverwechselbarkeit gegen Beliebigkeit tauschen.

Deshalb zeigt die Ausstellung auch Bilder von Landschaften, die sich verändern – verbunden mit dem Anliegen, dass in diesem Veränderungsprozess ebenfalls Weichenstellungen überdacht und bedacht werden.

Der Soziologin haben es vor allem Menschen im Ruhrgebiet angetan, die es so gut verstehen, die Dinge auf den Punkt zu bringen.“

Die Ausstellung ist noch bis zum 8. Juni 2001 im Glashaus Herten (Stadtbibliothek), Hermannstraße 16, zu sehen.

Dr. M. Hillebrand (AFB)

ZWANGSARBEIT UND DEUTSCHES KAPITAL

Ein nicht endender Skandal

Winfried Wolf

Dieser Artikel beruht auf einer Rede, die der Autor bei einer Veranstaltung zum Thema „Entschädigung oder Täterschutz“ an der Heidelberger Universität am 30.1.2001 gehalten hat. Viele Beispiele beziehen sich auf Heidelberg und teilweise Mannheim aufgrund des Ortes dieser Veranstaltung und weil eine Kampagne lokaler Antifaschistinnen und Antifaschisten voranging, mit der die lokale Dimension des „Skandals Zwangsarbeit“ dokumentiert wurde.

Michel Friedmann stellte Anfang dieses Jahres fest: Das Thema Zwangsarbeit „ist einer der größten deutschen Skandale der Zeit nach 1945.“

Das trifft zu. Vor allem handelt es sich um einen Skandal, der gleichzeitig eng mit der Zeit vor 1945 verknüpft ist. Insofern ist dieser Skandal auch ein Dokument für die verbrecherische Kontinuität des deutschen Kapitals.

Die deutschen Konzerne und Banken sind sich dieses Aspekts voll bewusst. Und sie zitieren immer wieder zynisch diese Kontinuität. Zwei Beispiele:

- Als im Herbst 2000 die Wahl des Vorsitzenden der Bundesstiftung zur Entschädigung der Zwangsarbeiter anstand, kam es völlig überraschend zur Wahl von Michael Jansen für diese exponierte Position. Jansen gehört zum Top-Management von Degussa. Degussa war vor 1946 die Muttergesellschaft des Unternehmens DEGESCH. Und diese Firma wiederum war exklusiver Hersteller von „Zyklon B“, dem Giftgas, mit dem Hunderttausende Jüdinnen und Juden in den Vernichtungslagern ermordet wurden. Es gibt keinen vernünftigen Grund dafür, dass Jansen Vorsitzender dieser Stiftung wurde als den: Hier wird die Geschichte der Verbrechens-Kontinuität zitiert.
- Am 26. Januar 2001 veröffentlichte die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter (nicht zu verwechseln mit der eben angeführten Bundesstiftung) eine Erklärung. Nach den Worten ihres Sprechers Gibowski könne in nächster Zeit nicht damit gerechnet werden, dass die bisher angeblich von den deutschen Unternehmen auf dem Konto dieser Stiftung eingegangenen 3,5 Milliarden Mark an die Bundesstiftung ausgezahlt würden. Grund dafür sei vordergründig die Verschiebung des Urteilspruchs der US-Richterin Kram. Aber auch wenn es demnächst in diesem US-Prozess zu einem Urteil käme, das im Sinne der deutschen Wirtschaft positiv zu werten sei, könne eine solche Überweisung nicht stattfinden. Es gelte auch entsprechende Berufungsverfahren in den USA abzuwarten. Experten gehen davon aus, dass diese sich noch über mehrere Monate hinziehen werden.
- Hier handelt es sich um eine offen provokatorische Erklärung. Sie besagt, wir spielen gezielt auf Zeit – und diese Zeit arbeitet für uns und gegen die Zwangsarbeiter, die bis heute überlebt haben und die fast alle 70 Jahre und weit älter sind. Wichtig ist das Datum der Erklärung: Sie wurde abgegeben am Vorabend der Befreiung von Auschwitz.

Damit zitieren führende Vertreter der deutschen Wirtschaft ihre eigene Wirtschaftsgeschichte – als Geschichte offener Verbrechen. Sie zitieren einen Zeitabschnitt dieser ihrer Wirtschaftsgeschichte, der für sie wesentlich und kein peinlicher Fehltritt war. Halten wir fest: Das NS-Regime wurde von der deutschen Wirtschaft von langer Hand etabliert und finanziert. Der O.M.G.U.S.-Report dokumentiert zum Beispiel, wie noch vor dem Machtantritt der Nazis führende deutsche Konzerne durch die gezielte Einflussnahme der Deutschen Bank und der Dresdner Bank auf die Hochrüstung und einen späteren Krieg vorbereitet wurden. Dass das NS-Regime direkt auf den Krieg zusteuerte, war in den Kreisen der führenden Managements der großen deutschen Konzerne und Banken eine ausgemachte Sache – diese Orientierung wurde von diesen Kreisen aktiv mitgetragen. Der Krieg selbst basierte dann auf entscheidende Weise auf Zwangsarbeit – besser gesagt: auf Sklavenarbeit, auf dem massenhaften Einsatz von ausländischen Arbeitssklavinnen und Arbeitssklaven.

Insgesamt wurden im Zeitraum 1939 bis 1945 rund 14 Millionen Zwangsarbeiter im Deutschen Reich eingesetzt. Im Schnitt war jeder dritte Arbeitsplatz mit einem Zwangsarbeiter oder einer Zwangsarbeiterin besetzt. Anfang 1945 gab es im Deutschen Reich tausend sogenannte „KZ-

Außenlager“. Das waren Arbeitslager, die sich oft direkt auf dem Gelände des Unternehmens befanden, in dem die entsprechenden Zwangsarbeiter (oder deren große Mehrheit) eingesetzt wurden. Eines dieser KZ-Außenlager befand sich z.B. in Mannheim-Sandhofen.

Bereits diese Zahlen lassen die überragende Bedeutung der Zwangsarbeit für die deutschen Konzerne erkennen. Dabei handelt es sich hier um Zahlen, die sich ausschließlich auf das „Inland“, das Deutsche Reich, beziehen. Nicht enthalten ist hier Zwangsarbeit in den besetzten gebieten. Und es handelt sich um Angaben zu den offiziellen Zwangsarbeitern im Deutschen Reich. Dazu zählten nicht die Kriegsgefangenen, die oft ebenfalls zu Zwangsarbeit herangezogen wurden.

Drei Legenden zur Zwangsarbeit

Nun werden uns immer wieder drei Legenden präsentiert, mit denen Zwangsarbeit relativiert werden soll:

Die erste lautet: Aber die Betriebe wurden doch gezwungen, Zwangsarbeiter in das Personal aufzunehmen oder auf solche zurückzugreifen.

Das ist die Unwahrheit. Es gab durchaus Unternehmen, die auf Zwangsarbeit verzichteten. Diese hatten keine besonderen Nachteile – allerdings den, dass sie nicht ganz so große Profite akkumulierten, weil sie auf die Extraprofite durch Zwangsarbeit verzichteten. Die heute zugänglichen Archive belegen etwas ganz anderes. Die Unternehmen, die Zwangsarbeiter einsetzten, baten und bettelten bei der SS vielmehr darum, diese billigen – und daher enorm profitablen – Arbeitskräfte zugeteilt zu bekommen. Die vorliegenden Studien zu dem Thema belegen: Zwangsarbeit einzusetzen war ein bewusster Akt der Unternehmensführungen. So heißt es z.B. in der Studie von Hans Mommsen zum Volkswagenwerk, die offiziell von der Unternehmensführung in den 90er Jahren erstellt wurde: „Die Leitung des Volkswagenwerks ist, um den Aufstieg in die Großrüstung zu nehmen, die Verantwortung für die Ausbeutung von Zwangsarbeitern aus den besetzten Ostgebieten bewusst eingegangen. Die Methoden, die es anwandte, unterschieden sich nicht grundlegend von denjenigen anderer Betriebe, und die Übereinstimmungen mit den Reichswerken Hermann Göring (heute Salzgitter Stahlkonzern) im benachbarten Salzgitter stechen ins Auge.“ (1)

Die zweite Legende bzw. Lüge lautet: Aber die Zwangsarbeiter wurden in „unserm“ Betrieb doch gut behandelt. Es gibt Tausende von Berichten, die besagen, dass dies die Unwahrheit ist. Die Unternehmen, die Zwangsarbeiter einsetzten, haben sich gegenüber diesen meist ebenso unmenschlich verhalten, wie das NS-System selbst unmenschlich war. Einige Beispiele:

- Fast harmlos erscheint, wenn das Unternehmen „Schnellpresse“ (heute: Heidelberger Druck) bei den Reichsversorgungsstellen anmahnte, „25 Kilo Kartoffelmehl“ geliefert zu bekommen, „um nach 12 bis 13 Stunden Arbeit noch eine einigermaßen gute Arbeitsleistung aus den Zwangsarbeitern herauszubringen.“
- 1942 wurden in der Waggonfabrik Heidelberg – und auf dem Firmengelände – sechs russische Arbeiter durch SA und SS gehenkt. (2)
- 1947 bat der Betriebsrat des Heidelberger Unternehmens Teroson (heute Tochter von Henkel) die VVN um Unterstützung und protestierte in einem Schreiben öffentlich dagegen, dass „der ehemalige Betriebsführer und Werksinhaber, NSDAP-Mitglied Erich Ross, durch die Spruchkammer Heidelberg zum Mitläufer erklärt...worden ist... Neben seinen Millionengewinnen durch Heeres- und Parteiaufträge hat er eine Ostarbeiterin der Gestapo ausgeliefert. Der Betriebsrat verlangt eine gerechte Strafe.“ (3)
- Auf der Hauptversammlung der AGG AG führte Helga Amail-Schoder – als „kritische Aktionärin“ – hinsichtlich der Geschichte dieses Unternehmens, das wenige Jahre zuvor aus einem Zusammenschluss von BBC und Asea entstanden war – aus: „Es sind Einzelfälle bekannt, wonach die Leitung von BBC und deren Untergebene Menschen (Zwangsarbeiter) aus geringfügigem Anlass an die Geheime Staatspolizei und andere Stellen des Dritten Reiches denunzierten und diese Menschen daraufhin in Haft genommen wurden.“ (4)
- In einer vom Management des Daimler-Benz-Konzerns in Auftrag gegebenen Studie zum Thema „Zwangsarbeit bei Daimler-Benz“ wird umfassend dargelegt, dass die Zwangsarbeiter „durchaus auch von Daimler-Benz-Angehörigen geschlagen“ wurden und dass es „seitens der Werksleitung niemals Einschreitungen gegen Misshandlungen der Häftlinge gab“. Zu den

Verhältnissen im Zwangsarbeiterlager Mannheim-Sandhofen (auch: „Mannheim-Waldhof“) heißt es: „Ein Pole resümiert: ‚Selbst in Dachau waren die sanitären Verhältnisse besser‘“ (5)

- Die dritte Legende lautet: „Das war eben Krieg. Und im Krieg gibt es diese Brutalitäten und diese Unmenschlichkeit – eben auch Zwangsarbeit.“

Auch das ist falsch. Natürlich ist Krieg als solcher verbrecherisch. Doch es handelt sich um einen sehr spezifischen Krieg – um den NS-Krieg bzw. den Krieg der „Achsenmächte“: des nationalsozialistischen Deutschland, des faschistischen Italien und den Krieg eines Japan, dessen Herrschaftsform als monarchistisch-diktatorisch und militärisch-terroristisch bezeichnet werden kann. In Wirklichkeit haben im Zweiten Weltkrieg „nur“ Deutschland, Italien und Japan Zwangsarbeit als gezieltes Mittel zur Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft eingesetzt. Sie verstießen damit bewusst gegen entsprechende völkerrechtliche Bestimmungen.

Zwangsarbeit war ein halbes Jahrhundert ein Nicht-Thema

Das Thema Zwangsarbeit war in Westdeutschland ein knappes Jahrhundert für die breite Öffentlichkeit nicht existent. Die Medien ignorierten es. In der teilweise auch offiziell vorgenommenen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit spielte es höchstens am Rande eine Rolle. Auf der offiziellen politischen und juristischen Ebene war es bei allen Regierungen der Bundesrepublik Deutschland tabu. Das galt unter den CDU-Kanzlern Adenauer, Erhard, Kiesinger ebenso wie unter den SPD-Kanzlern Brandt und Schmidt und dann wieder für den CDU-Kanzler Kohl.

Im Londoner Schuldenabkommen von 1954 wurde das Thema Reparationen und Zwangsarbeiter gezielt ausgeklammert. Offiziell hieß es, erst ein „Friedensvertrag“ könne dies Thema regeln, wobei dieser von der Lösung der „deutschen Frage“ abhängig gemacht wurde.

Was es in all diesen Jahren gab, war das kontinuierliche Beharren von antifaschistischen Menschen, von Sozialistinnen und Sozialisten, von Kommunistinnen und Kommunisten und von vielen demokratisch gesinnten Menschen, die als kleine Minderheit das Thema im öffentlichen Bewusstsein hielten. Alfred Hauser, der selbst bei Bosch als Zwangsarbeiter gearbeitet hatte, zählt zu ihnen.

Doch solche Stimmen waren isoliert. Und als es 55 Jahre nach Kriegsende zur „Wiedervereinigung“ kam, gab es keinen „Friedensvertrag“ – das Thema „Zwangsarbeit“ war erneut kein Thema. Es gab keine neue deutsche Verfassung, sondern nur Flickschusterei am bestehenden westdeutschen Grundgesetz – unter Ausklammerung von Friedensvertrag, Reparationen und Zwangsarbeit. Nur da, wo es in den Kram passte und dies großbürgerlichen Interessen diente – etwa beim Thema Ende der Rechte der Siegermächte in der BRD –, musste der „2+4-Vertrag“ als Ersatz für einen Friedensvertrag herhalten.

In den neunziger Jahren haben einige Unternehmen das Thema Zwangsarbeit thematisiert und teilweise Studien dazu in Auftrag gegeben. Meist erfolgte dies im Ergebnis eines doppelten Drucks: Eines solchen aus der Belegschaft, in der Betriebsrat und Gewerkschaften die Offenlegung dieser Geschichte forderten und beispielsweise Besuche ehemaliger Zwangsarbeiter organisierten – so z.B. in Köln bei Ford. Der andere Druck kam aus dem Ausland, insbesondere aus den USA. Daher war es kein Wunder, dass in erster Linie exportabhängige Konzerne und Geldinstitute sich diesem Thema gegenüber „aufgeschlossener“ verhielten.

Doch auch hier gilt: An der Linie, dass es keine materielle Verantwortung der deutschen Unternehmen für Zwangsarbeit gebe, wurde strikt festgehalten; eine „individuelle Entschädigung“ wurde bis Ende der neunziger Jahre ausgeschlossen. So erklärte z.B. die Unternehmensleitung von Daimler-Benz noch 1994, anlässlich des Erscheinens der zitierten Schrift zum Thema „Zwangsarbeit“: „Auf individuelle Entschädigungszahlungen wurde bewusst verzichtet, da eingehende Untersuchungen ergeben haben, dass im Einzelfall häufig nicht mehr festgestellt werden kann, wer, wann, wo und wie lange Zwangsarbeit leisten musste...“ Was zumindest für einen großen Teil der ehemaligen Zwangsarbeiter eine glatte Lüge ist; das Unternehmen bzw. die Stadtarchive verfügen fast immer über detaillierte Listen über den individuellen Einsatz der Zwangsarbeiter. Weiter heißt es in dieser Presseerklärung: „Wie Daimler weiter mitteilt, betrachtet das Unternehmen die Aufarbeitung der materiellen Fragen als abgeschlossen; es will sich jedoch der ethisch-moralischen Aspekte des Themas Zwangsarbeit auch in Zukunft stets gewahr sein – im Sinne eines Vermächnisses, vor allem für zukünftige Generationen.“ (6)

Erst kommt das Fressen bzw. das Geld, dann die Moral.

Diese Grundhaltung herrschte bis Ende der neunziger Jahre vor. Selbst in der Regierungserklärung des

neuen Bundeskanzlers Gerhard Schröder vom Oktober 1998 hieß es, es sei eine Pflicht, sich schützend vor die deutsche Industrie zu stellen angesichts der Forderungen nach individuellen Entschädigungen für ehemalige Zwangsarbeiter bzw. angesichts überzogener Forderungen aus dem Ausland.

Warum wurde Zwangsarbeit plötzlich ein „Thema“ ?

Ende 1998 kam es zu einer Wende – Zwangsarbeit wurde zum Gegenstand regierungsoffiziellen Engagements. Was war passiert ? Dafür gibt es eine allgemeine und eine besondere Erklärung.

Die allgemeine: Bis 1990 fungierte der weltweite Kapitalismus in gewissem Sinne auch als gemeinsamer Block. Ihn einte das Ziel, die nichtkapitalistischen Gebiete (UdSSR, DDR, usw.) der direkten Kontrolle des Kapitals unterzuordnen. Dies spiegelt sich u.a. in der Struktur der Nato wider. Bei dieser Konstellation wurden teilweise innerkapitalistische Rivalitäten und die Konkurrenz hinten angestellt. Oftmals hatte dies auch den Vorteil, die Kollaboration der eigenen bürgerlichen Kreise mit den Nazis (z.B. im Fall Frankreichs) bzw. die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den USA und Deutschland vor dem Krieg und in den ersten Kriegsjahren bzw. die „Übernahme“ von NS-belasteten Wissenschaftlern für die US-Forschung zu verheimlichen. (7)

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Vereinigung BRD/DDR brachten hier die Wende. Seit 1990 hat sich die Konkurrenz zwischen kapitalistischen Staaten, vor allem diejenige zwischen den USA und der EU bzw. der BRD massiv verschärft. Und im Rahmen dieser Konkurrenz werden auch alle Mittel eingesetzt. Insbesondere kam es nun in den USA zu Sammelklagen ehemaliger Zwangsarbeiter, als deren Resultat den deutschen Unternehmen auf diesem wichtigen Absatzmarkt massive Einbußen hätten entstehen können.

Die besondere Entwicklung: Zum Jahreswechsel 1998/99 befand sich die Deutsche Bank in New York auf Einkaufstour. Ziel war das US-Institut Bankers Trust, das die Deutsche Bank sich einverleiben wollte. Dafür wollte sie 17 Milliarden Mark hinblättern – immerhin mehr als das Sechsfache dessen, was alle Unternehmen der BRD real in die Bundesstiftung zur Entschädigung der Zwangsarbeiter einzahlen sollten. Mit dem Erwerb wäre die Deutsche Bank gemessen an der Bilanzsumme zur größten Bank der Welt geworden.

Gegen diese Kaufabsichten entwickelte sich in den USA Widerstand. U.a. riefen jüdische Verbände das Thema Zwangsarbeit und „Arisierung“ jüdischen Vermögens ins öffentliche Gedächtnis. Boykottdrohungen wurden formuliert. Jetzt schrillten in Frankfurt/M. und am Regierungssitz in Bonn die Alarmglocken. Schröder sandte mehrmals seinen Sonderbeauftragten Bodo Hombach in die USA, um die Angelegenheit im Interesse der Deutschen Bank zu bereinigen.

Vor allem aber startete nun die deutsche Bank eine PR-Offensive. Jetzt plötzlich entdeckten die Deutschbanker ihre „Verantwortung vor der Geschichte“ – wobei sie allerdings meist den Terminus „Verstrickung in die Geschichte“ bevorzugten. Jetzt entdeckten diese Herren, dass die Deutsche Bank in ihren Archiven im Keller über „15 Kilometer (!) Akten aus der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft“ verfügten – es wurden also im Wortsinne „Leichen im Keller“ entdeckt. Die erstaunte Öffentlichkeit erfuhr, dass zur Deutschen Bank ein „Historisches Institut“ gehört mit einem Leiter namens Manfred Pohl. Sogar ein „neuer Aktenbefund“ wurde kundgetan. Danach hatte die deutsche Bank über Tochterunternehmen in Österreich den Bau des KZ und Vernichtungslagers Auschwitz über „Kredite an die lokale SS“ mitfinanziert.

Das letztere war keine Neuigkeit; es war bereits andernorts veröffentlicht worden. Doch es drohten neue Enthüllungen zu dem Thema, und dem wollte man in dieser heiklen Situation zuvorkommen.

Nun erklärte die Deutsche Bank erstmals ihre Bereitschaft, in einen neu zu bildenden Fonds zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter – zunächst ging es nur um solche, die inzwischen in den USA lebten – einen größeren Betrag einzahlen zu wollen. Als Richtgröße sickerte die Zahl von 1,2 Milliarden Mark durch – was mit 8 Prozent von der gesamten Kaufsumme ungefähr dem Schmiergeld entsprach, das bei heiklen Fällen auch anderer Art zu bezahlen war. Vor diesem Hintergrund konnte der Deal Deutsche Bank-Bankers Trust realisiert werden. Seitdem war die Deutsche Bank das größte Finanzinstitut der Welt (in diesem Jahr 2001 dürfte sich eine neu fusionierte japanische Bank an die Spitze schieben).

Damit war aber auch klar, dass andere exportorientierte BRD-Unternehmen das Thema Zwangsarbeit nicht mehr umgehen konnten. Weswegen nunmehr beim Thema Zwangsarbeit alles sehr schnell ging.

Gesetzliche Regelung und ihre Problematik

Die deutsche Wirtschaft bildete ihre Stiftungsinitiative. Der Gesetzgeber wurde aktiv und peilte bereits Anfang 1999 die Bildung einer Bundesstiftung an. Im Sommer 2000 wurde schließlich das entsprechende Gesetz verabschiedet und die Bundesstiftung zur Entschädigung der Zwangsarbeiter gebildet. Die wichtigsten Details sind weitgehend bekannt: Insgesamt sollen 10 Milliarden Mark bereitgestellt werden. Davon tragen die Steuerzahler 7,5 Milliarden Mark (5 Milliarden durch direkte Einzahlungen des Bundes und weitere 2,5 Milliarden DM in Form einer steuerlichen Abzugsfähigkeit der Einzahlungen aus der Wirtschaft). Die deutschen Unternehmen verpflichten sich, formal 5 Milliarden Mark einzuzahlen – real, wegen der erwähnten steuerlichen Abzugsfähigkeit, 2,5 Milliarden Mark. Die Frist, innerhalb derer sich ehemalige überlebende Zwangsarbeiter melden sollten, wurde auf 8 Monate (bis April 2001) festgelegt. Erste Auszahlungen an anspruchsberechtigte ehemalige Zwangsarbeiter sollen nach dem Gesetz erfolgen, wenn eine vereinbarte „Rechtssicherheit“ in den USA erreicht wurde, das heißt, wenn Einzel- und Sammelklagen mit Verweis auf diese Gesamtregelung negativ beschieden seien. Inwieweit eine solche „Rechtssicherheit“ bestehe, wollte der Bundestag im Februar 2001 entscheiden.

Stellt man sich auf den Boden des Rechtsstaats, dann werden bereits mit diesen Regelungen zwei Prinzipien verletzt: Dasjenige der Gewaltenteilung (wie kann die Legislative oder Exekutive die Judikative veranlassen, auf den gerichtlichen Weg für immer zu verzichten ?) und das Prinzip des individuellen Klagerechts (wie kann es angehen, dass Individuen ihr individuelles recht nicht mehr einklagen dürfen, weil es eine „Lösung“ durch die Legislative gab ?).

Dass die Verletzung von Rechtsstaatsprinzipien vorliegt, wird faktisch eingestanden. So muss jeder ehemalige Zwangsarbeiter, der seine Ansprüche an die Stiftung geltend macht, eine Art Revers unterzeichnen und erklären, auf jede gerichtliche Verfolgung seiner Ansprüche definitiv zu verzichten. Selbst diese Verzichtserklärung ist juristisch nicht wasserdicht, da ihr faktisch Erpressung und die Ausnutzung der miserablen Lage der Betroffenen zu Grunde liegt.

Dieser gesetzliche „Schlussstrich“ unter das Thema Zwangsarbeit wurde in einer Art All-Parteien-Koalition beschlossen. Einige CDU/CSU-Abgeordnete stimmten dagegen oder enthielten sich, weil ihnen die Regelung nicht genügend unternehmerfreundlich war. Aus der PDS gab es vier Enthaltungen mit der Begründung, dass die Regelung die Rechte der Zwangsarbeiter unzureichend berücksichtige. U. a. hieß es in der schriftlichen Begründung der Enthaltung der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, Carsten Hübner, Christina Schenk und Winfried Wolf:

„Wir enthalten uns der Stimme,

- weil die Zielsetzung weniger Verantwortung vor der Geschichte als Schutz der deutschen Wirtschaft ist.
- Weil der Gesetzentwurf...nur unzureichend Aussagen zur aktiven Unterstützung der deutschen Wirtschaft für das NS-Regime (enthält)
- Weil die Entschädigung, die die ehemaligen Opfer...erhalten, viel zu niedrig ist...und die Hauptverantwortlichen, die deutsche Wirtschaft, einen geradezu lächerlichen Betrag zur Verfügung stellen und...die Hauptsumme von den Steuerzahlenden zur Verfügung gestellt werden muss.“ (8)
- Weil selbst mit diesem Gesetz die Unternehmen, die von Zwangsarbeit profitierten, nicht zur Öffnung ihrer Archive, die diese Zwangsarbeit dokumentieren, gezwungen werden und weil ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter Unternehmen nicht juristisch eindeutig verpflichten können, ihre Archive zu öffnen, um ihre Ansprüche belegen zu können...
- Weil es „für die (bei den deutschen Unternehmen) ausstehende Summe nicht einmal eine Verpflichtungserklärung gibt“ und es „am Ende sein kann, dass der Steuerzahler zusätzlich zu den 7.5 Milliarden Mark ‚nachschießen‘ muss“. (9)

Ausdrücklich anerkannt wurde in dieser Erklärung, dass jede Zahlung von Entschädigung ein Fortschritt sei und dass die Unterzeichnenden respektieren, dass „viele Abgeordnete, insbesondere die Mehrheit der PDS-MdB“, aus diesem Grund dem Gesetzentwurf zustimmen würden und dieselben PDS-MdB eine vergleichbar kritische Bilanz der Regelung zur Zwangsarbeit zögen.

Ein halbes Jahr später ist die Frage angebracht, ob die kritische Sicht auf die im August 2000 gefun-

dene Regelung berechtigt war.

Deutsche Wirtschaft setzt zynisches Spiel auf Zeit fort

Diese Zwischenbilanz soll vor dem Hintergrund zweier Aspekte gezogen werden: der allgemeinen Zielsetzung und dem realen Verhalten der deutschen Unternehmen.

Unmittelbar vor der Bundestagsabstimmung erklärte der DIHT-Präsident Stihl: „Es geht nicht um Schuld. Hauptziel (der Gesetzesinitiative) ist es, den Betrieben Rechtssicherheit zu schaffen und Schäden für das Image der deutschen Wirtschaft zu vermeiden.“ In derselben Tonlage äußerte sich Bundeskanzler Schröder: „Es geht bei dem Fonds nicht um Wiedergutmachung, sondern darum, die Wirtschaft vor Sammelklagen etwa aus den USA zu schützen.“

Das sind klare Aussagen, die die eigentliche Zielsetzung – „Schlussstrich“ und „Täterschutz“ – belegen.

Noch schlimmer ist das reale Verhalten der deutschen Unternehmen, das allerdings angesichts eines derart schludrig und unternehmerfreundlich gestrickten Gesetzes absehbar war. Seit seiner Verabschiedung flossen kaum noch Gelder der Wirtschaft auf das Konto der Stiftungsinitiative. Der bisher eingezahlte Betrag bzw. derjenige, für den Unternehmen Verpflichtungen eingegangen sind, liegt bei 3,5 Milliarden Mark (von 5 Mrd. DM). Vor allem befindet sich dieser Betrag faktisch auf einem Sperrkonto unter Kontrolle der deutschen Konzerne und Banken. Bis Anfang Februar 2001 wurde nicht eine müde Mark auf das Konto der Bundesstiftung eingezahlt. Formal wird erklärt, es läge noch keine „Rechtssicherheit in den USA“ vor, wobei auf die Entscheidung der Richterin Shirley Kram verwiesen wird. Doch auch wenn der entsprechende Prozess in den USA im Sinne der deutschen Wirtschaft entschieden würde, ist längst die nächste Hürde aufgebaut. Erst wenn „weitere Einzelklagen und eventuelle Berufungen“ in den USA in dieser Angelegenheit im Sinne der deutschen Wirtschaft entschieden seien, könne das eingezahlte Geld an die Bundesstiftung fließen. Das allerdings, so schätzen Experten, könne „noch viele Monate dauern“. Darüber hinaus erklärt die Stiftungsinitiative, der Bundestag könne gar nicht beschließen, dass Rechtssicherheit bestünde. Das heißt: Kaum verhohlen wird die Souveränität der Legislative bestritten.

Das wird durch das Verhalten der Bundesstiftung unterstrichen. Der Vorsitzende des Kuratoriums der Bundesstiftung, Dieter Kastrup, buckelte und dienerte Ende Januar 2001 gegenüber der Stiftungsinitiative und bat diese, doch „wenigstens einen Teil der gesammelten 3,5 Milliarden Mark“ an die Bundesstiftung „als Geste“ zu überweisen. Was der Sprecher der Stiftungsinitiative, Gibowski, großzügigerweise als „einen interessanten Vorschlag“ erklärte, dem die deutsche Wirtschaft „leider nicht nachkommen“ könne, weil mit „den Geldgebern vereinbart“ sei, keine Überweisungen „zur Herstellung der Rechtssicherheit“ vorzunehmen. (10)

Bei all dem geht es für die deutschen Konzerne und Banken nicht um Geld. Es geht um eine Demonstration von Zynismus, Macht und Kontinuität – und somit um das ehrliche Offenlegen des Charakters der bestehenden Gesellschaft.

Die deutschen Großunternehmen überbringen den Bürgerinnen und Bürgern beim Thema Zwangsarbeit tagtäglich eine beredte Botschaft. Sie sagen uns:

- Ja, wir haben Profite aus millionenfacher Zwangsarbeit gesogen
- Nein, wir haben deshalb kein schlechtes Gewissen; es ging nie oder es geht nicht um „Wiedergutmachung“ oder Anerkennung von Verbrechen
- Nein, der Bundestag hat nicht das Recht, in dieser Angelegenheit Entscheidungen zu fällen, die für uns verpflichtend sind. Die Macht liegt nicht bei einer Mehrheit im Parlament, sondern allein bei uns – der kleinen Minderheit von Eignern und Großaktionären der Konzerne und Banken
- Sollte es möglich sein, unter Einschaltung von Bundesregierung und Bundestag, für 2,5 Milliarden Mark für alle Unternehmen in der BRD internationale Rechtssicherheit in Sachen Entschädigung von Zwangsarbeitern garantiert zu bekommen, dann wäre dies ein Rechtsschutz zum Schnäppchenpreis, den wir gegebenenfalls aus unsern Portokassen bezahlen (aber natürlich uns auch gerne in dieser Angelegenheit weiter von den Steuerzahlenden bezuschussen lassen)
- Bis dahin spielen wir jedoch konsequent auf Zeit. Das hat sich bereits 55 Jahre lang ausgezahlt

und wird es auch weiterhin.

So ist es. Seit Verabschiedung des Gesetzes zur Entschädigung der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter erleben wir ein zynisches und erbärmliches Spiel auf Zeit. Das findet bereits im „Kleinen“ statt: So „arbeiten“ die 3,5 Milliarden Mark, die Unternehmen auf das Konto der Stiftungsinitiative einzahlten und die der Bundesstiftung vorenthalten werden, für die deutsche Wirtschaft und mindern später nachzuschießende Summen: Sie erbringen täglich 380.000 Mark an Zinsen.

Das Spiel auf Zeit findet jedoch vor allem mit den betroffenen Menschen statt. Folgt man den Zahlen des Historikers Lutz Niethammer, dann gab es Ende 2000 noch etwa 2,4 Millionen Männer und Frauen, denen die deutsche Wirtschaft in irgendeiner Form eine Entschädigung für erlittenes Unrecht zu zahlen hätte. Die Sterberate bei diesem Personenkreis und in der entsprechenden Altersgruppe liegt bei 10 Prozent im Jahr. Demnach, so die *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung*, „würden an jedem Tag rund 650 ehemalige Zwangs- und Sklavenarbeiter nicht mehr persönlich eine späte, wenn auch nur geringe finanzielle Entschädigung für das erlittene Unrecht erhalten.“ (11)

Die in den deutschen Konzernen und Banken maßgeblichen Herren sagen sich und uns offensichtlich: „während wir in der NS-Zeit die Zwangsarbeiter durch Arbeit – und teilweise direkt durch die SS – töten ließen, lassen wir sie jetzt durch die Zeit töten.“

Das Gesetz zur Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, das der Bundestag Mitte 2000 in einer All-Parteien-Koalition bereits mit einem halben Jahrhundert Verspätung verabschiedete, wird durch diese Politik der deutschen Konzerne und Banken zunehmend ausgehöhlt. Dabei zeichnen sich noch weitere böse Überraschungen ab, die dieses angeblich „historische Gesetz“ in eine umfassende Blamage verwandeln könnten. So dürften die deutschen Unternehmen auf den Bundestag und die Bundesregierung erfolgreich Druck ausüben, so dass auch im Februar 2001 die erwartete Erklärung über das Bestehen von „Rechtssicherheit“ nicht erfolgen wird. Einzahlungen in relevanter Höhe in den Fonds der Bundesstiftung durch die Stiftungsinitiative werden dann noch längere Zeit ausbleiben. Damit werden die Auszahlungen an die Opfer bzw. an die Partnerorganisationen nur in völlig unzureichender Höhe erfolgen.

Der Steuerzahler dürfte direkt oder indirekt ein weiteres Mal zur Kasse gebeten werden, um den durch die Wirtschaft zu füllenden Beitrag auszugleichen – „indirekt“ beispielsweise, indem Einzahlungen der früheren Staatsunternehmen Telekom und Deutsche Bahn in Zahlungen „aus der Wirtschaft“ umdeklariert werden. Die Frist, in der ehemalige Zwangsarbeiter ihre Ansprüche geltend machen können, wird sich als viel zu kurz erweisen – das gilt auch dann, wenn es eine Verlängerung um z.B. drei Monate geben sollte. Die Tragödie, dass viele Tausend betagte und oft in bitterer Armut lebende ehemalige Zwangsarbeiter „zu spät“ oder nicht formgerecht ihre Ansprüche gemeldet haben dürften, zeichnet sich ab. Schließlich melden sich, wie ebenfalls zu erwarten war, weit mehr Anspruchsberechtigte, so dass der individuell ausbezahlte Betrag weiter abschmelzen wird.

Die *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung*: „Allein bei der ...International Organization for Migration meldeten sich bislang 160.000 Menschen. Dabei ist die IOM nur für jüdische wie nichtjüdische Opfer in den Staaten zuständig, die nicht an den Verhandlungen über Entschädigungsfonds beteiligt waren – dem sogenannten Rest der Welt. Dafür rechneten die Verhandlungsparteien gerade mal mit 75.000 Menschen.“ (12)

In anderen Ländern, so in der Ukraine, sollen auch ehemalige Zwangsarbeiter, die in der deutschen Landwirtschaft eingesetzt waren, entschädigt werden – eine Gruppe, die bei der gesetzlichen Regelung vom Sommer 2000 faktisch nur als „Opfer zweiter Klasse“ Berücksichtigung fand. Dies reduziert beispielsweise in diesem Land die erwarteten maximalen individuellen Zahlungen auf 4300 DM. (13)

Nochmals: Michel Friedmann hat Recht: Wir sind konfrontiert mit „einem der großen Skandale der deutschen Nachkriegsgeschichte“. Es ist aber vor allem ein Skandal, der die Kontinuität zum überhaupt größten Skandal in der Geschichte des deutschen Kapitals dokumentiert und mit dem die deutschen Konzerne und Banken eben diese Kontinuität auch unterstreichen wollen: die Kontinuität in der verbrecherischen Unterstützung des NS-Regimes durch die deutsche Wirtschaft. (14)

Anmerkungen:

- (1) Hans Mommsen mit Manfred Grieger, Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im dritten reich, Düsseldorf 1996, S. 598
- (2) *Rhein-Neckar-Zeitung* vom 14.10.2000
- (3) Nach: Peter Merz, IG Metall Heidelberg, „Damit nichts bleibt, wie es ist – Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Heidelberg 1845-1949, Heidelberg 1986
- (4) Protokoll der HV von ABB vom 29.4.1999; in diesen Auszügen mitgeteilt von ABB am 23.7.1999 an Peter Schoder und Amail-Schoder
- (5) Barbara Hopmann, Marc Spoerer, Birgit Weitz, Beate Brüninghaus, Zwangsarbeit bei Daimler-Benz, Stuttgart 1994, S. 429; zuvor 428
- (6) Presseinformation Daimler-Benz vom 26.5.1994 zum Erscheinen der „Dokumentation zur Zwangsarbeit bei Daimler-Benz. Siehe Anm. 6
- (7) US-Firmen, die auf dem Gebiet des Deutschen Reichs tätig waren, haben ebenfalls Zwangsarbeiter eingesetzt. Sie taten dies ebenfalls ohne Zwang (sie standen nicht unter Zwangsverwaltung); Briefe, in denen sie bei der SS die Zustellung von Zwangsarbeitern erbat, waren mit „Heil Hitler“ unterzeichnet. Das galt z.B. für die GM-Tochter Opel (Rüsselsheim) und für Ford in Köln. Diese Betriebe waren uneingeschränkt Teil der NS-Kriegsmaschinerie – teilweise in direktem Widerspruch zu den Interessen der USA. So wurde in Rüsselsheim bei Opel (General Motors) am Ende des Krieges das Düsenaggregat für das hochmoderne Kampfflugzeug Me 262 entwickelt. Die US-Luftwaffe verfügte zu diesem Zeitpunkt über keine vergleichbare Waffe. (Vgl. zum letzteren: Report von Bradford C. Snell 1974, erstellt im Auftrag des US-Senats)
- (8) Die PDS-Bundestagsfraktion hatte sich eine Studie des Historikers und Ökonom Thomas Kucynski zu eigen gemacht, wonach der zusätzliche Gewinn, den die deutschen Unternehmen durch Zwangsarbeit in der NS-Zeit realisieren konnten, sich auf umgerechnet 180 Milliarden Mark belief – noch ohne eine Verzinsung dieses Betrages. Dass es sich auch hier um einen nicht absurd hohen Betrag handelt, macht ein Vergleich deutlich: Allein der addierte Jahresprofit der deutschen Unternehmen lag 1999 bei 402 Milliarden Mark, mehr als doppelt so hoch wie diese Summe. Ein anderer Vergleich: Im Falle Mannesmann/Vodafone Airtouch wurden allein 2 Milliarden an Anwalts- und Notarkosten und für die Werbeschlacht ausgegeben – fast so viel, wie die gesamte deutsche Wirtschaft real in den Fonds einzahlen soll
- (9) Erklärung der Abgeordneten Carsten Hübner, Christina Schenk, Eva Bulling-Schröter und Dr. Winfried Wolf, Bundestagsprotokoll
- (10) Nach: *Neues Deutschland* vom 26.1.2001
- (11) *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung* vom 23.11.2000. Angaben zuvor nach: Hans Daniel, Spiel auf Zeit, in: *junge Welt* vom 29.1.2001. Andere Quellen nennen wesentlich weniger potenziell Anspruchsberechtigte und damit rund halb so viele anspruchsberechtigte ehemalige Zwangsarbeiter, die täglich sterben
- (12) *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung* vom 1.2.2001.
- (13) Die ukrainischen ehemaligen Zwangsarbeiter, die bei deutschen Bauern eingesetzt waren, sollen jeweils 1500 DM erhalten. Nach: Frankfurter Rundschau vom 3.2.2001
- (14) Ein bei dem Heidelberger Vortrag vorgebrachter Einwand lautete: Ich würde hiermit die deutschen Konzerne und Banken als alleinige Verantwortliche für das NS-Regime erklären und die Unterstützung der NSDAP durch die „normale“ deutsche Bevölkerung ignorieren. Tatsächlich ist es nicht meine Absicht, die zutreffenden Erkenntnisse von Raoul Hilberg oder Daniel Goldhagen zu leugnen. Allerdings sollte dreierlei festgehalten werden: das NS-Regime und insbesondere dessen Verbrechen (Vernichtung der jüdischen Bevölkerung, der Sinti und Roma; Zweiter Weltkrieg; Raubzug im Osten; Zwangsarbeit usw.) wäre ohne die massive Unterstützung durch die deutschen Konzerne und Banken nicht möglich gewesen. Zweitens profitierten von der Zwangsarbeit dieselben Banken und Konzerne mit großem Abstand an erster Stelle. Drittens geht die gesetzliche Regelung zur Entschädigung für Zwangsarbeit bereits davon aus, dass 75 Prozent der Entschädigungszahlungen von der Allgemeinheit der Steuerzahlenden aufgebracht wird.

WINFRIED WOLF, MdB

BUCHBESPRECHUNGEN

**Ulrike Winkel (Hg.), Stiften gehen.
NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte,
PapyRossa Verlag Köln 2000, 274 S. 29,80 DM
Dachauer Hefte Nr. 16: Zwangsarbeit,
Verlag Dachauer Hefte, Alte Römerstr, 75,
85221 Dachau, 226 S., 22 DM**

Stiften gehen ist ein sehr gutes Buch, das die Thematik anschaulich beschreibt und die rechtlichen Aspekte der Entschädigung begreiflich macht. Die Auswahl der Aufsätze ist gut aufeinander angestimmt, das inhaltliche Niveau ist hoch, aber auch nicht akademisch.

Der Band enthält sieben Aufsätze zu Zwangsarbeit im Nationalsozialismus und sechs Texte zur sog. Entschädigung von ehemaligen ZwangsarbeiterInnen.

Zwei einführende Artikel machen die Dimension des Einsatzes von ausländischen ZwangsarbeiterInnen während des NS deutlich: Im August/September 1944 gibt es auf dem Boden des „Großdeutschen Reiches“ 1,9 Millionen Kriegsgefangene im „Arbeitseinsatz“ sowie 5,9 Millionen zivile ZwangsarbeiterInnen. Von den insgesamt 7,8 Millionen Menschen arbeiten ca. 45 Prozent in der Landwirtschaft, der Rest in der Industrie, vor allem im Bergbau und in der Metallindustrie. Mit den Kriegsjahren steigt die Bedeutung, die die SklavenarbeiterInnen für die Aufrechterhaltung der deutschen Kriegswirtschaft haben, immer weiter an. Hatten 1941 ausländische Beschäftigte einen Anteil von 8,5 Prozent aller Beschäftigten inne, sind 1944 ein Fünftel aller Arbeitskräfte in Deutschland ZwangsarbeiterInnen.

Weitere Beiträge stellen das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt vor oder gehen auf das Verhältnis von Zwangsarbeit und Arbeitsverwaltung, sprich die Arbeitsämter

und die konkrete Organisation des Einsatzes von ZwangsarbeiterInnen ein. Drei speziellere Beiträge gehen dann detailliert auf Zwangsarbeit in der Landwirtschaft, in deutschen Haushalten (sog hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen) und auf Kommunen als Nutznießer von Zwangsarbeit ein. In den Beiträgen werden die schlechten Lebensbedingungen, die rassistische Diskriminierung und die NutznießerInnen geschildert. Das System der Lager und der Zwangsarbeit war in sich nochmals gestaffelt: Am unteren Ende der oftmals über Leben und Tod entscheidenden Hierarchie standen sowjetische Kriegsgefangene und JüdInnen aller Nationalitäten.

Im zweiten Teil stellt Thomas Kucynski zusammenfassend seine Untersuchung über die aus der Zwangsarbeit resultierenden Entschädigungsansprüche vor, als deren heutigen Wert er 180 Milliarden DM errechnet. Zum Vergleich: Die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft und der Bundesregierung sieht 10 Milliarden vor.

Rolf Surmann zeichnet die Geschichte der (verweigerten) Entschädigung in den ersten vierzig Jahren der Bundesrepublik nach. Zum Beispiel konnten und durften nach deutschem Recht bis 1989 ZwangsarbeiterInnen aus den Staaten des Warschauer Paktes keine Ansprüche geltend machen. Lothar Evers, der Sprecher des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte (www.nsberatung.de), berichtet von den Ausflüchten der Wirtschaft bei den Ver-

handlungen und ihrem Willen, sich um jeden Preis vor Leistungen zu drücken.

Sie war der Meinung, sie zahle besser gar nichts, da das „begangene Unrecht mit Geld eh nicht mehr wieder gut zu machen“ und Entschädigungszahlungen doch ein unzumutbarer bürokratischer Aufwand seien.

Die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke, die Berichterstatterin ihrer Fraktion bei den Beratungen über das Stiftungsgesetz im Bundestag war, gibt einen guten Überblick über den skandalösen und doch so normal-deutschen Verlauf der Verhandlungen über die Entschädigung und die Stiftungsinitiative in den Jahren 1998-2000. Ziel der am Ende dann zustande gekommenen Stiftung ist der Schutz der deutschen Unternehmen vor weiteren Forderungen, nicht etwa ein Ausgleich der geleisteten Arbeit, geschweige denn der physischen und psychischen Schäden.

Den letzten Beitrag liefert die antideutsche „Gruppe 3“ aus Frankfurt (www.antide.org), sie untersucht in anspruchsvoller Sprache antisemitische Stereotype in der öffentlichen Debatte um Entschädigung.

Als Quintessenz lässt sich festhalten: Die Zwangsarbeit war für die Aufrechterhaltung der nazistischen Kriegswirtschaft während des Krieges von großer Bedeutung. Durch ZwangsarbeiterInnen waren ab 1943/44 die Verlagerungen von Industrieanlagen möglich, die dazu führten, dass das hohe Produktionspotential der deutschen Industrie über das Kriegsende hinweg gerettet wurde – ein Umstand, der dann wiederum das deutsche Wirtschaftswunder der 50er Jahre mit ermöglichte. Entschädigung oder Wiedergutmachung gibt es nur, das lässt sich die deutsche Wirtschaft nicht nehmen, aus moralischen Gründen, nicht etwa aus einer rechtlichen Verpflichtung.

Die seit 1985 erscheinenden *Dachauer Hefte* widmen sich in ihrer neuesten Ausgabe von November 2000 ebenfalls der Zwangsarbeit. Sie enthalten – im Gegensatz zu Stiften gehen – auch Berichte von ZwangsarbeiterInnen. Dies gehört zum

Konzept dieser Buchreihe zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, das aus einer Mischung von Berichten von Überlebenden und wissenschaftlichen Beiträgen besteht.

Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin, gibt einen Überblick über die Geschichte, die Dimension und die Organisation der Zwangsarbeit. Er geht näher auf die Frage ein, warum die NS-Rassenideologie mit ihren mit der „Vernichtung durch Arbeit“ tödlichen Folgen für die betroffenen über die einer ökonomischen Effizienz und Effektivität viel besser dienenden besseren Behandlung der SklavenarbeiterInnen siegte. Fraglich bleibt aber, ob dies überhaupt als Gegensatz anzusehen ist, war doch z.B. die sog. Partisanenbekämpfung gleichzeitig die Jagd nach ins reich verschleppbaren Arbeitskräften.

In weiteren Aufsätzen berichtet Wolf Gruner über den Arbeitseinsatz von österreichischen JüdInnen, Anette Eberle über Zwangsfürsorge gegenüber „Asozialen“ und Bernd Wagner über Häftlingsarbeit für die IG-Farben in Auschwitz-Monowitz.

Christa Schikorra berichtet über die Zwangsprostitution weiblicher KZ-Häftlinge, die in vielen Städten von Überlebenden oder auch in wissenschaftlichen Werken fälschlicherweise, so Schikorra, nicht als Zwangsarbeit angesehen wird. Neben vier Berichten von Überlebenden findet sich noch ein Text zu den juristischen Aspekten der „Wiedergutmachung“ und zur diskriminierenden Behandlung sowjetischer ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangener nach ihrer Rückkehr in die Sowjetunion: Vielen von ihnen wurde absurderweise unterstellt, sie hätten mit dem Feind kollaboriert, ein Vorwurf, der nach Jahren im Lager in Deutschland besonders perfide war.

Oliver Winkel

15 JAHRE ANTIFAZ

Als im Mai 1985 das Heft I der AntifaZ als „Antifaschistischer Nachrichtendienst aus Recklinghausen“ erschien, hatte wohl niemand im Sinn, einem solchen ‚Blättchen‘ große Aussichten auf ein langjähriges Erscheinen zu prognostizieren.

Die AntifaZ war damals Info-Blatt für das „Antifaschistische Forum Recklinghausen“, einem Bündnis linker und demokratischer Organisationen, dem wie so vielen ähnlicher Bündnisse keine lange Zukunft beschieden war.

Dass die AntifaZ trotzdem inzwischen 15 Jahre geworden ist, will uns selber bisweilen eher wundersam erscheinen – was hat uns nur umgetrieben, die Arbeit an diesem Projekt immer wieder auf uns zu nehmen, Inhalt und Form der Zeitung neu zu thematisieren, Änderungen vorzunehmen, die Änderungen wieder zu verwerfen, seitenlange theoretische Diskussionen über Antifaschismus zu führen, neue Mitarbeiter zu organisieren, neue Themen aufzugreifen?

Von den heutigen Mitarbeitern, von denen niemand bei den ersten Ausgaben dabei war, wird diese Frage wohl nur aus der aktuellen Realität gegeben werden können – der Kampf gegen den stärker werdenden organisierten Faschismus, der Kampf gegen zunehmende Faschisierung des Staates, der Kampf gegen weiteren Abbau bürgerlich-demokratischer Rechte, der Kampf gegen zunehmenden Rassismus in großen Teilen der gesamten Gesellschaft, die Einsicht in die Notwendigkeit internationaler Solidarität, die Hartnäckigkeit, dem faschistisch-rassistischen Gedankengut die Ideen der Völkerfreundschaft, der Humanität, des friedlichen Zusammenlebens, der Zivilcourage entgegenzusetzen, das hat uns umgetrieben, das treibt uns nach wie vor.

Und – aktuell befinden wir uns in einer weiteren „Strategie“- Diskussion, was die zukünftigen Themen-Schwerpunkte unserer Zeitung betrifft, aber auch Form und Umfang des Erscheinens berührt.

Unsere LeserInnen werden schon bemerkt haben, dass wir immer weniger über die ‚klassischen‘ antifaschistischen Themen berichtet haben:

Nazi-Aufmarsch/Polizeieinsatz/antifaschistische Gegenaktionen. Wir gestehen, dass wir immer mehr zu der Überzeugung kommen, dass sich hier ein gesellschaftliches Ritual zu etablieren beginnt, dass dazu geeignet ist, eine stabilisierende Wirkung auf den Zustand dieses Systems auszuüben.

Das ist nun unser ‚Ding‘ nicht, wollten wir doch immer dazu beitragen, die ‚Verhältnisse zum Tanzen zu bringen‘. Allerdings verstehen wir darunter deutlich etwas anderes als ein Teil der autonomen AntifaschistInnen, die den Widerstand zum postmodernen ‚event‘ erklären – und so bald kompatibel für Benetton und andere werden könnten.

Wir denken, dass wir auf unserem grundlegenden Weg eines internationalistischen Antifaschismus mit Sicherheit fortsetzen werden – wobei zur Zeit diskutiert wird, ob die AntifaZ sich nicht dringend stärker regional, also auf das Ruhrgebiet beschränktes, Projekt etablieren muss.

Auch die Frage eines 2monatigen Erscheinungsrhythmus steht auf dem Prüfstand – zu deutlich wurde in den vergangenen Monaten, dass wir es immer weniger geschafft haben, diesen Rhythmus beizubehalten.

Rechtsradikalismus, Rassismus, Faschismus und die Ohnmacht der Linken

Seit der Niederlage des Hitlerfaschismus 1945 kämpfen die fortschrittlichen, revolutionären Kräfte in Deutschland gegen das Wiederaufkommen des Faschismus, des Rechtsradikalismus und den damit verbundenen Rassismus. Auf ihrer Seite haben sie viele gute Gründe und Argumente wie z.B. die millionenfachen Verbrechen des Faschismus. Auf ihrer Seite haben sie die Moral und die Ideale von Völkerfreundschaft, Solidarität, friedlichem Zusammenleben usw. Und trotzdem haben Rassismus und Faschismus allmählich immer mehr Boden gewonnen: so viel Boden, daß mittlerweile sogar Kräfte aus der herrschenden Klasse, des Kapitals, gezwungen sind, öffentlich gegen Faschismus und Ausländerfeindlichkeit anzutreten, um die Geschäfte nicht zu gefährden. Stoiber als Kämpfer für ein NPD-Verbot - ist das nicht verkehrte Welt?

Es gibt also Anlaß, über die Ursachen und Wurzeln des Faschismus nachzudenken und die Konzepte des antifaschistischen Kampfes zu überprüfen.

Als in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts die ersten faschistischen Bewegungen auftauchten, beschäftigte sich die Kommunistische Internationale (Komintern) ausführlich mit diesem Phänomen. Wenn man sich heute mit dem Faschismus beschäftigen will, sollte man diese Vorarbeit zur Kenntnis nehmen. Aus den ausführlichen Untersuchungen der Komintern seien hier ein paar Kernsätze angeführt:

Kapital und Faschismus

„24. Neben der Heranziehung der Sozialdemokraten tritt die Bourgeoisie in kritischen Augenblicken und unter bestimmten Verhältnissen auch mit dem faschistischen Regime auf den Plan. Der charakteristische Zug des Faschismus besteht darin, daß die Bourgeoisie angesichts der Erschütterung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und besonderer objektiver und subjektiver Umstände die Unzufriedenheit der kleinen und mittleren städtischen und ländlichen Bourgeoisie und sogar gewisser Schichten deklassierter Proletarier zu einer reaktionären Massenbewe-

gung ausnützt, um der Revolution den Weg zu verlegen. Der Faschismus greift zu den Methoden der direkten Gewaltanwendung, um die Kraft der Arbeiterorganisationen und die Organisationen der armen Bauern zu brechen und zur Eroberung der Macht zu schreiten. Zur Macht gelangt, ist der Faschismus bestrebt, in seinen Reihen eine politische und organisatorische Einigung aller herrschenden Klassen der kapitalistischen Gesellschaft zu erzielen (Banken, Großindustrie, Agrarier) und deren ungeteilte, offene und konsequente Diktatur zu verwirklichen. Er stellt den herrschenden Klassen bewaffnete Kräfte zur Verfügung, die speziell für den Bürgerkrieg geschult sind, und verwirklicht einen neuen Staatstypus, der sich offen auf die

Gewalt und den Zwang stützt und die Korruption nicht nur kleinbürgerlicher Schichten, sondern auch gewisser Elemente der Arbeiterklasse betreibt (Angestellte, ehemalige reformistische Führer, die zu Staatsbeamten, Funktionären der Gewerkschaften usw. oder der faschistischen Partei wurden, ferner arme Bauern und deklassierte Proletarier, die für die faschistische 'Miliz' angeworben werden).“

(aus: Die internationale Lage und die Aufgabe der Kommunistischen Internationale, Resolution des 6. Kongresses der Kommunistischen Internationale, 29.08.1928)

„Das Verhältnis der Klassenkräfte im Weltmaßstab ändert sich immer mehr in der Richtung des Anwachsens

der Kräfte der Revolution.

In dieser Situation sucht die herrschende Bourgeoisie immer mehr ihre Rettung im Faschismus, in der Aufrichtung der offenen, terroristischen Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals, um außergewöhnliche Maßnahmen zur Ausplünderung der Werktätigen durchzuführen, den imperialistischen Raubkrieg, den Überfall auf die Sowjetunion vorzubereiten, China zu versklaven und aufzuteilen und durch alle diese Maßnahmen die Revolution abzuwenden.

Das Finanzkapital ist bestrebt, die Empörung der kleinbürgerlichen Massen gegen den Kapitalismus durch seine faschistische Agentur einzudämmen, die ihre Losungen in demagogischer Weise der Stimmung dieser Schichten anpaßt. Indem der Faschismus sich auf diesem Wege eine Massenbasis schafft und diese Schichten als reaktionäre Kraft gegen die Arbeiterklasse vorschickt, führt er zu einer noch schlimmeren Unterjochung aller Werktätigen durch das Finanzkapital. In einer Reihe von Ländern steht der Faschismus bereits an der Macht. Das Wachstum des Faschismus und sein Sieg zeugen jedoch nicht nur von der Schwäche der Arbeiterklasse, die durch die von der Sozialdemokratie betriebene Spaltungspolitik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie desorganisiert wurde, sondern auch von einer Schwäche der Bourgeoisie selbst, die die Herstellung der Kampfeinheit

der Arbeiterklasse und die Revolution fürchtet und nicht mehr imstande ist, ihre Diktatur mit den alten Methoden der bürgerlichen Demokratie aufrechtzuerhalten.“

(aus: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, Resolution zum Bericht des Genossen Dimitroff, 20.08.1935, 7. Kongreß der Kommunistischen Internationale; Hervorhebungen im Text durch Komintern)

Kapitalismus führt zum Faschismus?

Nimmt man diese Schlußfolgerungen aus den Untersuchungen der Komintern, so hat der Faschismus verschiedene Aspekte und Quellen.

- Er ist die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.

- Er stützt sich auf eine Bewegung der kleinen und mittleren städtischen und ländlichen Bourgeoisie und Schichten deklassierter Proletarier.

- Der Faschismus ist nötig angesichts der Erschütterung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, angesichts des Anwachsens der Kräfte der Revolution.

- Er dient außergewöhnlichen Maßnahmen wie der verschärften Ausplünderung der Werktätigen, einem imperialistischen Raubkrieg, der Verhinderung der Revolution.

Es ist deutlich, daß es sich bei den Ausführungen der Komintern vor allem um den Faschismus an der Macht handelt. In vielen Punkten treffen daher die Ausführungen heute **nicht unmittelbar** zu. Man kann nicht einfach die Resultate der Analyse der Komintern auf heute übertragen, sondern muß ihre Methode der Untersuchung auf die heutigen Bedingungen anwenden.

So kann man derzeit nicht von einem Anwachsen der Kräfte der Revolution sprechen - von einzelnen Ländern abgesehen. Daher benötigen das Finanzkapital und seine reaktionärsten Kräfte derzeit keine offene terroristische Diktatur. Dies steht im Gegensatz zur Einschätzung einiger radikaler Linker, die aus der Tatsache, daß Nazi-Organisationen in den neuen Bundesländern teilweise „befreite Zonen“ schaffen, folgern, eine Machtergreifung der Nazis stehe bevor.

Gegenwärtig wäre eine faschistische Machtergreifung für den überwiegenden Teil des Kapitals von Nachteil, würden dadurch doch wirtschaftliche und (außen) politische Interessen erheblich gefährdet. Das kann sich natürlich ändern. Zudem hat das Kapital angesichts der derzeitigen Schwäche der Arbeiterbewegung keinen Bedarf an einer faschistischen Diktatur. Solange die Arbeiterbewegung noch darniederliegt, kann die Bourgeoisie mit demokratischen Mitteln, mit dem Wechsel zwischen CDU- und SPD-Regierungen als scheinbaren Alternativen ganz gut im

Hintergrund die Fäden ziehen. Die bei vielen Antifa-Demos beliebte Parole „*Kapitalismus führt zum Faschismus ...*“ ist offensichtlich nicht im Einklang mit der Realität. Kapitalismus kann zum Faschismus führen, muß es aber eben nicht. Wie schon die Komintern darlegte, bedarf es dazu besonderer Bedingungen. Ein wichtiger Hinweis der Komintern besteht darin, daß es innerhalb des Kapitals Differenzierungen gibt. Die Komintern spricht von den reaktionärsten Elementen des Finanzkapitals. Hier haben sich durch die Entwicklungen des Kapitalismus weitere Differenzierungen ergeben.

Es ist fast grotesk, aber heute sind die Spitzen des Finanzkapitals geradezu „international“ und kosmopolitisch. In einem Konzern wie Daimler-Chrysler gibt es Spitzenmanager verschiedenster Nationalitäten. Da zählt nicht die Nationalität, sondern die „Leistung“ in Form von erzielten Renditen, von gesteigerter Ausbeutung, der sogenannte Shareholder-Value. In der Konzernspitze von Daimler-Chrysler ist mittlerweile die Umgangssprache Englisch, und das gesamte deutsche Daimler-Management büffelt fleißig englische Vokabeln. Ähnliches gilt bei vielen Banken (z.B. Deutsche Bank) und Versicherungen, die weitgehend international agieren und deren Management sich international zusammensetzt. In den fortgeschrittensten Industriezweigen wie der Computerindustrie, der Informatik spielt es keine Rolle, wo ein Chip ent-

wickelt und programmiert wurde, wo das Programm dazu geschrieben wurde, wo die Platinen usw. dazu hergestellt wurden. Das kann in Indien, Taiwan, im Silicon Valley in den USA, in Deutschland, Rußland oder sonstwo geschehen. Entscheidend sind allein die Leistung und die Kosten.

Natürlich haben solche Bereiche der kapitalistischen Wirtschaft kein Interesse daran, daß ihre teuren, hochkarätigen Spezialisten vom faschistischen Mob auf der Straße totgetreten werden. Natürlich haben solche Bereiche der kapitalistischen Wirtschaft, die auf internationale Verbindungen und Zusammenarbeit geradezu angewiesen sind, kein Interesse daran, Geschäftsmöglichkeiten dadurch zu verlieren, daß Deutschland Tummelplatz brauner Horden ist.

Andererseits gibt es ganze Industriezweige, die regelrecht auf Rassismus basieren. Herausragendes Beispiel ist die Bauindustrie. Die größten Konzerne in diesem Sektor haben ein System von Subunternehmertum geschaffen, das auf der besonderen Unterdrückung und Rechtlosigkeit ausländischer Arbeitskräfte fußt. Nur so können in diesem Bereich für das Kapital akzeptable Profitraten erzielt werden. Dabei spielt es für die beteiligten Konzerne keine Rolle, daß dabei zigtausend Menschen zu unwürdigen Bedingungen leben und arbeiten, daß deren gesetzliche Rechte immer wieder mit Füßen getreten werden - denn nur so kann ihr Profit erzielt werden.

Allerdings haben auch diese

Konzerne kein Interesse, daß „ihre“ Arbeiter ermordet werden. Sie wollen sie ja ausbeuten! Aber Rassismus, Einschüchterung und Angst unter „ihren“ Arbeitskräften kommt ihnen nicht ungelegen, können sie doch so deren besonders rechtlose Lage ausnutzen, um diese noch weiter nach unten zu drücken und ihre Profite zu erhöhen.

Im Gegensatz dazu stehen manche kleine und mittlere Bau-Kapitalisten, die durch dieses System immer weiter unter Druck gesetzt und sogar ruiniert werden. Sie sind oftmals gegen „die Ausländer auf dem Bau“, und sie mobilisieren auch „ihre“ Arbeiter gegen die „ausländische, billige Konkurrenz“.

Als finanzielle Förderer und mehr oder weniger offene Sympathisanten der Nazis wurden immer wieder Kapitalisten u.a. aus den Bereichen Bau/Wohnungswesen, Brauereien, Lebensmittel bekannt.

Das Kapital ist hier in einem offensichtlichen Dilemma. Gerade dadurch, daß das kapitalistische System zwangsläufig alle Grenzen niederreißt und nur noch der Markt und die Konkurrenz, die Erzielung von möglichst hohen Profit- und Mehrwertraten zählt, daß es immer weniger „nationale Schutzzräume“ gibt, ist sein „fortgeschrittenster“ Teil „international“ und kosmopolitisch geworden, nutzt aber andererseits die niedergedrungenen Grenzen, um die Konkurrenz und Spaltung unter den Arbeitskräften zu verschärfen, und schürt so den Nationalismus. Einige Kapi-

talisten nutzen diese Spaltung und Konkurrenz und haben insofern an deren Fortbestehen und Vertiefung Interesse, andere leiden darunter und nehmen aus ihrem Kapitalinteresse nationalistische, reaktionäre Positionen ein. Die Haltung des Kapitals ist daher notwendigerweise nicht einheitlich, sondern widersprüchlich. Für das Kapital ist dieser Widerspruch unlösbar, müßte es doch seine eigene Herrschaft abschaffen, um die Quellen dieser Entwicklung zu beseitigen. Im Gegenteil, dieser Widerspruch wird, bedingt durch die sich tendenziell verschlechternden Verwertungsbedingungen des Kapitals, zunehmen, so daß das Kapital einerseits immer stärker international agieren muß, andererseits aber die nationale Spaltung und Unterdrückung erhöhen muß.

Die „Erschütterung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung“, wie es die Komintern nennt, schreitet tendenziell voran.

Sie zwingt das gesamte Kapital tendenziell dazu, in der Politik immer reaktionärer zu werden. Das muß allerdings nicht unbedingt in der Form des Hitler-Faschismus geschehen. Da gibt es auch andere Wege. Ein politischer Weg zur Schaffung einer „Volksgemeinschafts“-Atmosphäre ist die Kampagne für die „Verteidigung des Standortes Deutschland“ oder das „Bündnis für Arbeit“. Hier werden gemeinsame Klasseninteressen vorgegaukelt und unter Ausschaltung bürgerlich demokratischer Prozesse Löhne gesenkt, Sozialleistungen abgebaut. Ein weiteres, noch

drastischeres Beispiel ist die EU, in der jegliche demokratischen Rechte abgeschafft sind und das Kapital über seine Regierungen und die EU-Kommission Entscheidungen vorbei an den bürgerlich demokratischen Institutionen durchsetzt. Immer öfter argumentieren selbst bürgerliche Politiker: „Das ist von der EU beschlossen, da können wir nichts machen.“ Und das EU-Parlament ist zwar gewählt, hat aber keinerlei wesentlichen Befugnisse und fast keine Kontrollmöglichkeiten. Über die EU werden reaktionärste Angriffe auf Sozialleistungen vorgebracht. Über die EU wurde z.B. auch die Privatisierung von Bahn, Post, Telekom, des Gesundheitswesens usw. vorangetrieben.

Noch aus einer anderen Quelle speisen sich Faschismus und Rassismus in einer kapitalistischen Gesellschaft. Wie die Komintern es ausdrückte, benötigt das Kapital den Faschismus für „außergewöhnliche Maßnahmen“ wie die verschärfte Ausplünderung der Werktätigen, einen imperialistischen Raubkrieg, die Verhinderung der Revolution.

Daß der Faschismus auch heute noch zur Verhinderung der Revolution eingesetzt wird, konnte man an der Pinochet-Diktatur in Chile und bei anderen Gelegenheiten beobachten. Allerdings besteht derzeit zumindest in Deutschland für das Kapital keine Notwendigkeit dazu. Aber die beiden anderen von der Komintern genannten Elemente gibt es durchaus. Die verschärfte Ausplünderung der Werktätigen ist in den letzten 10 Jahren seit

der Wiedervereinigung vor allem im Osten Deutschlands zu spüren. Es ist sicher kein Zufall, daß die Bourgeoisie, das Kapital, den Faschisten im Osten Deutschlands besonders viel Spielraum ließ. Denn für das Kapital ist es angenehmer und nützlicher, die Menschen haben in ihren Köpfen eine reaktionäre, rassistische Erklärung für diese soziale Katastrophe und denken, daß „die Ausländer“, „die Asylanten“ usw. an ihrer Lage schuld sind. Es wäre für das Kapital höchst unerfreulich, wenn die Menschen sich mit den wahren Schuldigen beschäftigen würden. Es wäre für das Kapital höchst unerfreulich, die Menschen würden nicht Ausländer durch die Straßen jagen und ihre Wut gegen sie richten bzw. klammheimlich damit sympathisieren, sondern sie würden ihre ungeheure Wut und Enttäuschung gegen das Kapital richten.

Auch imperialistische Raubkriege gibt es wieder, und zwar unter Teilnahme des wiedervereinigten Deutschland! Der Einsatz der Bundeswehr im Ausland, der Einsatz in Jugoslawien, jede imperialistische Militäraktion braucht ein entsprechendes gesellschaftliches Klima, und die Bourgeoisie ist zielstrebig dabei, ein solches Klima zu schaffen. Da braucht man keine „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“-Stimmung in der Bevölkerung, sondern das Gegenteil. Man braucht eine Stimmung, in der es „normal“ ist, daß die Deutschen den anderen Völkern „Demokratie“, „Moral“, „Freiheit“ usw. bringen. Man benötigt also Na-

tionalismus, der von der Überlegenheit der Verhältnisse in Deutschland und der Unterlegenheit der Verhältnisse in anderen Ländern ausgeht. Man braucht auch Leute, die bereit und fähig sind, andere Menschen für die Ziele des Kapitals umzubringen, und die psychisch entweder so abgestumpft oder so überzeugt von ihrer „Mission“ sind (oder am besten beides), daß sie dies befehlsgemäß tun. Das heißt: Das Kapital benötigt ein gewisses Maß an Nationalismus und Rassismus, um im Kampf mit seinen Konkurrenten oder bei der Unterdrückung abhängiger Länder kampffähig zu sein. Natürlich bedeuten die beiden Faktoren „verschärfte Ausbeutung der Werktätigen“ und „Teinahme an Raubkriegen“ nicht, daß die Mehrheit des Kapitals die Faschisten an der Macht haben will und muß. Im Gegenteil! Auch hier ist es gegenwärtig so, daß das für die entscheidenden Kräfte des Kapitals unangenehm wäre und ihre Pläne allzu sehr entlarven würde. Innenpolitisch kann es zur Zeit besser demokratisch regieren, außenpolitisch will es auf keinen Fall als faschistischer Aggressor, sondern als Helfer und Befreier erscheinen. Aber es benötigt, wie ausgeführt, ein gewisses Maß an Rassismus und Nationalismus. Auch hier ist das Kapital wieder in einem unlösbaren Widerspruch. Die Geister, die es rief, wird es so leicht nicht mehr los.

Reaktionäre Massenbewegung

Wie schon zum Zeitpunkt der Analyse der Komintern so stützen sich auch heute faschistische Bewegungen auf städtische und ländliche Klein- und Mittelbourgeoisie, Schichten deklassierter Proletarier, aber auch Teile der Arbeiteraristokratie. Die Daten verschiedener soziologischer Studien zeigen, daß die Rechtsradikalen zumindest in ihrem Kernthema „Ausländer raus“ in der Bevölkerung auf sehr viel Sympathie und Zustimmung stoßen. Nach der 13. Shell-Jugendstudie 2000 sind mehr als 50 % aller Jugendlichen der Meinung, daß in Deutschland zu viele Ausländer leben. Mehr als 40 % der Jugendlichen meinen, daß die Ausländer den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen, daß es Deutschland wirtschaftlich besser ginge, wenn hier weniger Ausländer wären, daß sich die meisten Politiker mehr um die Ausländer als um die Deutschen kümmern würden.

Angesichts der Ausländerpolitik der SPD/Grünen-Regierung und der vorherigen CDU/CSU/FDP-Regierung haben solche Stimmungen nichts mit der Realität zu tun. Es ist also durchaus erschreckend, daß sie trotzdem bei mehr als 40 % der Jugendlichen vorhanden sind. Rund 70 % aller Jugendlichen vertreten die Meinung: „Ausländer, die sich nicht anpassen wollen, haben hier nichts verloren.“ Das bedeutet, daß sie z.B. das Tragen von Kopftüchern nicht tolerieren. Rund 80 % wollen, daß Ausländer, die straffällig wurden, abgeschoben

ben werden. Insgesamt ist der Bodensatz an rechten Stimmungen ziemlich tief.

Kurioserweise schlußfolgern die Autoren der Studie, daß dies nichts mit Fremdenfeindlichkeit zu tun habe, sondern mit der Konkurrenzsituation. Dies ist eine Entschuldigung, aber keine wissenschaftliche Erklärung. Denn tatsächlich ist es ja wohl so, daß es sich um Ausländerfeindlichkeit, um rechte Stimmungen, handelt, wenn Menschen, sobald sie in die Gefahr der Arbeitslosigkeit geraten, ihren konkurrierenden Arbeitskollegen als Feind betrachten und nicht die Urheber der Arbeitslosigkeit, die Kapitalisten. Die Autoren der Studie schreiben: „Das bedeutet: Das Zusammenleben der deutschen und ausländischen Jugendlichen ist nicht ohne Probleme. Diese ergeben sich aber kaum aus Fremdenhaß oder wechselnder Feindseligkeit.“

Die Studie *Der unbequeme Fremde* von Ahlheim und Heger (2. Auflage, Wochenschauverlag, 2000) bestätigt die Zahlen der Shell-Studie weitgehend für die gesamte Bevölkerung. Allerdings entschuldigen die Autoren diese Stimmungen nicht, sondern nehmen sie ernst und verlangen dringend Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Nach ihren Angaben meinen rund 60 %, daß sich die Ausländer besser an die Deutschen anpassen sollten. Fast 40 % möchten Ausländern jede politische Betätigung untersagen. 25 % wollen Ausländer in die Heimat zurückschicken, wenn Arbeitsplätze knapp

werden. 20 % möchten, daß Ausländer nur unter ihren Landsleuten heiraten. Also auch hier ein sehr tiefer Bodensatz an rechten Stimmungen.

Interessant ist, daß sich diese rechten Stimmungen seit 1994 deutlich erhöht haben. Die Autoren führen dies auf die jahrelange Regierungspropaganda vom gefährdeten Standort Deutschland zurück, die rechtsradikaler Propaganda die Themen vorgegeben hat und selbst rassistisch war. Dies ist eine durchaus wahrscheinliche Vermutung.

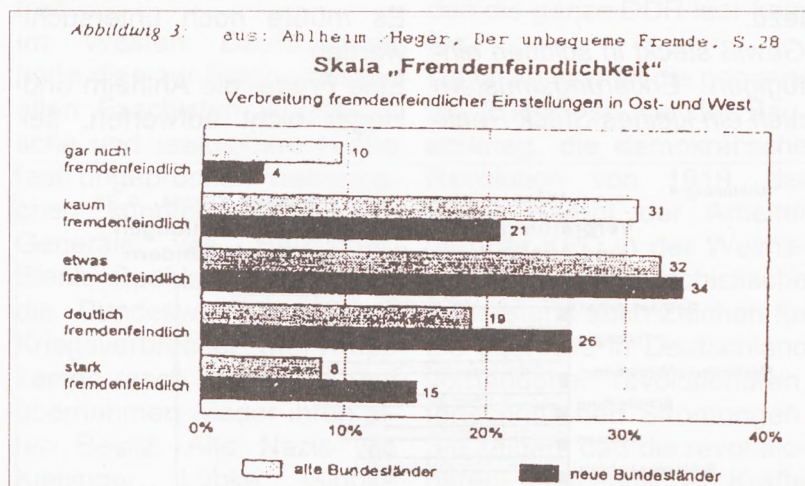
Eine ebenso mögliche Deutung wäre allerdings auch der von Regierungsseite massiv geförderte Nationalismus, um die neue Großmachtrolle Deutschlands in Europa politisch abzusichern (z.B. die Bundeswehreinätze im Ausland, siehe oben). Dazu wurde der Nationalismus auch geschürt, um an der Macht zu bleiben oder an die Macht zu kommen. Ein Beispiel dafür war die Unterschriftenkampagne gegen doppelte Staatsbürgerschaft der hessischen CDU unter Koch, mit der dieser den Wahlsieg in Hessen schaffte - unter Zuhilfenahme der Millionen aus den schwarzen Kassen. Allerdings klappt das nicht immer, da zwar der rechte Bodensatz stark ist, aber offensichtlich noch nicht so stark und eindeutig ist. Ein Beispiel dafür ist die kläglich gescheiterte „Kinder statt Inder“-Kampagne von Jürgen Rüttgers (CDU) in NRW.

Die Autoren der Studie *Der unbequeme Fremde* haben verschiedene Fragen der Umfragen, auf die sie sich

stützen, zu einem Merkmal „Fremdenfeindlichkeit“ zusammengefaßt. Zwar hat ihr Vorgehen methodische und inhaltliche Unsicherheiten zur Folge, auf die hier nicht im Detail eingegangen werden kann, doch bieten ihre Ergebnisse zumindest Anhaltspunkte für die Stärke des rassistischen und rechten Bodensatzes in der Bevölkerung.

che Einstellungen dann größere Chancen auf Verbreitung haben, wenn Menschen gar keine Erfahrungen mit Ausländern haben, und daß die Begegnung im Betrieb und im Stadtteil Vorurteile abbauen kann. Eine hinreichende Erklärung ist es aber nicht.

Ahlheim und Heger setzen sich mit den heftig umstrittenen Thesen von Christian



Bei diesem Merkmal sind 41 % aller Westdeutschen und 25 % aller Ostdeutschen gar nicht oder wenig fremdenfeindlich. In der Mitte stehen 32 % West bzw. 34 % Ost, die etwas fremdenfeindlich sind. Keine Seite hat also derzeit eindeutige Mehrheiten. Das ist zumindest insofern ermutigend, als sich hier eine deutliche Chance eröffnet, durch aktive politische Arbeit gegen Rassismus und Faschismus etwas zu erreichen.

Den leider auffälligen Unterschied zwischen Ost und West erklären die Autoren kaum. Sie führen an, daß Fremdenfeindlichkeit vor allem dort sehr stark ausgeprägt sei, wo kaum Fremde leben.

Dies ist sicher ein Hinweis darauf, daß fremdenfeindli-

Pfeiffer, Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, auseinander, der in einem Interview in der *MAGDEBURGER VOLKSSTIMME* am 17.02.1999 erklärte, der besonders starke Rechtsradikalismus im Osten habe seine Ursache in den autoritären Erziehungsfaktoren der DDR, dem Gruppenzwang im Kinderhort. „Dieses Unterdrücken von Individualität, das im Gleichschritt Denken und im Gleichschritt Marschieren,“ sei die Ursache von Terror gegen Ausländer. Bürgerliche Politiker und Medien waren begeistert, daß der Sündenbock DDR-Erziehung so einfach gefunden war.

Ahlheim und Heger entlarven die Willkürlichkeit und Unwissenschaftlichkeit sol-

cher „Thesen“, indem sie dem die Thesen von Claus Leggewie, Politikwissenschaftler in Gießen, entgegensetzen. Der 1993 unter dem Beifall der bürgerlichen Politiker und Medien das glatte Gegenteil behauptete. Er meinte damals, der Rechtsradikalismus im Westen habe seine Ursache in der antiautoritären Erziehung. Ahlheim und Heger dazu:

„Gewiß steckt in solchen einseitigen Erklärungsmustern auch ein kleines Stück Real-

schaft, wie die Beispiele Pfeiffer und Leggewie zeigen, oftmals das daherredet, was die Herrschenden zur Verschleierung und Bemäntelung gerade brauchen.

Da wir selbst die Frage, woher der Unterschied zwischen Ost und West kommt, nicht ausreichend untersucht haben, können wir dazu auch nichts Kluges sagen. Es müßte noch untersucht werden.

Eine Frage, die Ahlheim und Heger nicht aufwerfen, sei

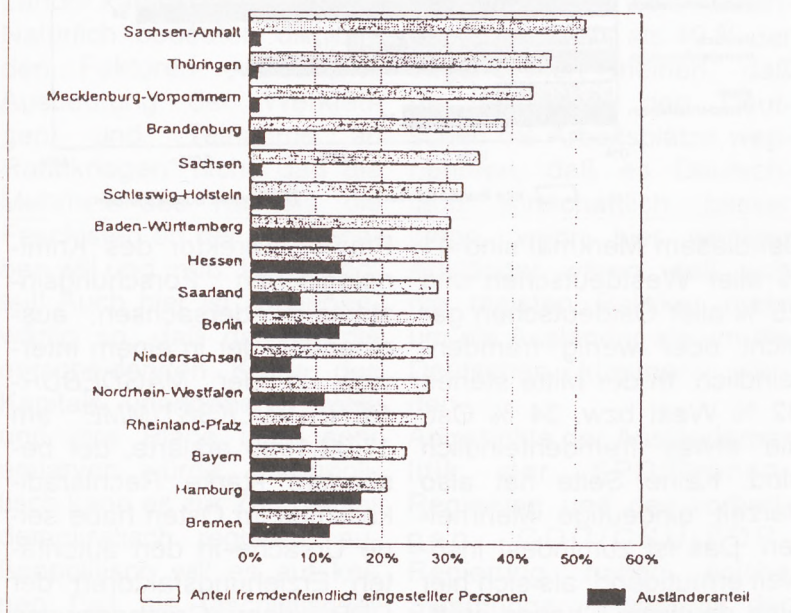
Wurzeln in der Geschichte

Offensichtlich reichen pädagogische, soziologische, ökonomische Erklärungen allein nicht aus, um den doch sehr tiefen Bodensatz reaktionärer, ausländerfeindlicher Stimmungen in unserem Volk zu erklären. Die deutsche Geschichte hat reiches Material zu bieten, das den erheblichen Umfang reaktionärer Stimmungen erklären und aufhellen kann.

Seit der Niederlage im Bauernkrieg, also 1525, haben die fortschrittlichen Kräfte an allen wesentlichen Punkten des Kampfes Niederlagen hinnehmen müssen. Bereits die Niederlage im Bauernkrieg von 1525 führte für Deutschland im Gegensatz zu den europäischen Nachbarländern zu reaktionärster, dumpfester Kleinstaaterei, zur Konservierung rückschrittlichster feudaler Verhältnisse mit der entsprechenden Unterdrückung des Volkes, der Herausbildung obrigkeitstaatlichen Denkens usw.

War die bürgerlich-demokratische Revolution in Frankreich 1789 erfolgreich, so dauerte es in Deutschland noch 59 Jahre bis zur demokratischen Revolution und ihrer Niederlage. In den Jahren der folgenden Reaktion wurden alle demokratischen, fortschrittlichen Bestrebungen verfolgt und unterdrückt. Nicht die demokratische Revolution schaffte die Abschaffung der Kleinstaaten und Fürstentümer. Unter der Führung des reaktionären Preußen mit Bismarck an der Spitze in einer

Abbildung 4: aus: Ahlheim / Heger, Der unbequeme Fremde, S.29
Verbreitung fremdenfeindlicher Einstellungen
und Ausländeranteile in den Bundesländern



tät. Aber der komplizierten Sache, der ebenso offenkundigen wie empirisch schwer zu fassenden Wirkung von Erziehung und fremdenfeindlicher Vorurteilsbereitschaft, wird man so kaum gerecht.“ (S. 81)

Das ist richtig, wenn auch Ahlheim und Heger keine eigene Erklärung der „schwierigen Sache“ geben. Zugleich wird hier klar, daß bürgerliche Sozialwissen-

schaft hier gestellt: Warum sind in Stadtstaaten wie Hamburg und Bremen bei hohem Ausländeranteil, wo also fast jeder Kontakt und Erfahrungen mit Ausländern hat, immer noch rund 20 % ausländerfeindlich eingestellt? Zusammenleben, gemeinsame Erfahrungen scheinen also nicht immer zu reichen, um Vorurteile abzubauen.

Koalition von reaktionärsten Feudalherren und Bourgeoisie wurde die Einheit Deutschlands und seine Herausbildung als Nationalstaat erreicht.

Für die danach erstarkende revolutionäre Arbeiterbewegung war der Beginn des 1. Weltkrieges 1914 eine kräftige Niederlage. Am 4. August 1914 stimmten die Sozialdemokraten im Reichstag den Kriegskrediten zu und schlossen einen „Burgfrieden“ mit der Bourgeoisie, nachdem sie noch 1912 auf dem Baseler Kongreß der 2. Internationale gefordert hatten, das Proletariat solle mit allen Mitteln gegen einen imperialistischen Krieg vorgehen.

Mit der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts im Januar 1919 erlitt auch die Novemberrevolution von 1918 eine Niederlage. Gestützt auf die reaktionäre Generalität der Reichswehr, und als williger Lakai des deutschen Kapitals stellte die SPD wieder die bürgerliche Ordnung her. Das Kaiserreich wurde durch die Revolution von 1918 gestürzt, eine bürgerliche Demokratie errichtet, aber die Beseitigung des reaktionären Preußentums, des militaristischen Geistes, des dumpfen Nationalismus und Rassismus verhindert. Zwar erstarkte erneut die revolutionäre Arbeiterbewegung unter Führung der KPD in der Weimarer Zeit, doch erlitt sie 1933 mit der Machtübernahme durch den Faschismus eine schwere Niederlage. Der Faschismus konnte sich bei der Schaffung seiner Massenbewegung auf die reaktionären

Wurzeln in der Geschichte stützen.

Auch die Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus 1945 war in gewissem Sinne eine Niederlage für das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterklasse.

Denn das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterklasse befreiten sich nicht selbst - sie wurden von außen, vor allem von der Roten Armee, befreit.

Im Westen Deutschlands hatte dies zur Folge, daß die alten Faschisten, kapitalistische und reaktionäre Kräfte fast ungebrochen weitermachen konnten. Alte Nazi-Generäle wie Heusinger, Blank, Speidel konnten z.B. die Bundeswehr aufbauen. Kriegsverbrecher wie Krupp kamen rasch wieder frei und übernahmen wieder ihren alten Besitz. Alte Nazis wie Kiesinger, Lübke, Globke konnten im Bonner Staat Karriere bis in höchste Staatsämter machen. Über zahlreiche Institutionen wie Kriegervereine, Vertriebenenverbände usw. wurde die alte rassistische und reaktionäre Gesinnung am Leben erhalten und wieder salonfähig gemacht.

Im Osten führte die Befreiung von außen dazu, daß die revolutionären, fortschrittlichen Bestrebungen nur schwachen Rückhalt im Volk fanden. Nicht das Volk war die treibende Kraft für die Errichtung einer Volksmacht. Als dann noch in der UdSSR und in der DDR der Opportunismus um sich griff und es schließlich zur revisionistischen Entartung kam, wuchs die Kluft zwischen den Herrschenden und dem Volk immer mehr. Hinter der

Fassade des offiziellen Antifaschismus konnten sich in der Bevölkerung reaktionäre Anschauungen halten und wieder ausbreiten. So nutzte die revisionistische SED z.B. beim Aufstand von Solidarnosc in Polen reaktionäre antipolnische Stimmungen, um ein Übergreifen auf die DDR zu verhindern. So wurden z.B. Gerüchte ausgestreut, die „Polacken“ würden die ganze DDR leer kaufen.

Natürlich sind all die genannten Ereignisse wie der Bauernkrieg, die demokratische Revolution von 1918, der starke Kampf der Arbeiter und der KPD in der Weimarer Zeit, der antifaschistische Widerstand auch Zeichen für die ebenfalls in Deutschland vorhandenen revolutionären, fortschrittlichen Strömungen. Sie zeigen, daß die revolutionären, fortschrittlichen Kräfte in unserem Volk sehr wohl Mehrheiten erringen können, wenn sie die Bedürfnisse des Volkes erkennen und danach handeln.

Die Niederlagen, die jahrhundertelange ungebrochene Herrschaft der Reaktion hat jedoch tiefe Spuren hinterlassen - in Obrigkeitsdenken, Anpassung, in der Tendenz, lieber nach unten als nach oben zu treten. Schon in Streikaktionen macht sich die dadurch geprägte „spezifische psychische Wesensart“ bemerkbar. So berichteten z.B. französische Kollegen bei den großen Streiks in Frankreich, wie bei einem Postbetrieb einfach die Tore zugeschweißt wurden, damit Streikbrecher nicht reinkommen. In Deutschland wäre das eine Sensation, weil auch die

Mehrheit der Arbeiterklasse vor jeder Übertretung von Gesetzen zurückscheut. Andererseits hat die „spezifische psychische Wesensart“ auch ihre Vorteile, weil sie auch relativ starke Disziplin bedeutet.

Die starken reaktionären, rassistischen Strömungen in unserer Bevölkerung haben also auch historische Ursachen. Hinzu kommen aktuelle ökonomische Entwicklungen, Erfahrungen, Erziehung usw.

Nie wieder Deutschland?

Die besonders starke reaktionäre Grundstimmung in Deutschland, die derzeit dazu auch noch kein entsprechendes revolutionäres Gegengewicht in der Arbeiterbewegung hat, führt dazu, daß z.B. viele Jugendliche sich mit Grausen von Deutschland abwenden und es völlig ablehnen.

Dies drückt sich unter anderem in der von Autonomen und Anarchisten gern gerufenen Parole „Nie wieder Deutschland!“ aus. Es ist eine Parole der Resignation, die davon ausgeht, daß mit dem deutschen Volk, der deutschen Arbeiterklasse sowieso nichts mehr los ist. Es ist zwar verständlich, woher diese Haltung kommt, doch sie ist falsch. Denn wenn auch reaktionäre Stimmungen in Deutschland stark sind, zeigen die oben angeführten Tabellen auch, daß die Reaktionäre (noch) keine Mehrheit fest hinter sich haben, daß es also durchaus Chancen gibt, den Rassismus politisch zurückzudrängen und fortschrittliche, revo-

lutionäre Anschauungen wieder im Volk, in der Arbeiterklasse zu verankern. Das wird bei der gegebenen historischen und politischen Ausgangslage nicht leicht, aber es ist möglich.

Und eine solche Arbeit der Veränderung der Meinungen im Volk ist eine wichtige Voraussetzung dafür, die ökonomischen und politischen Verhältnisse in Deutschland endgültig und revolutionär so zu verändern, daß langfristig die Wurzeln des Faschismus beseitigt werden können. Mit der Parole „Nie wieder Deutschland!“ und der entsprechenden Haltung verabschiedet man sich aber gerade von dieser Aufgabe und wendet sich vom „reaktionären“ Volk ab, statt etwas in unserer Gesellschaft zu verändern.

Deutlich wird nun auch, warum das Demonstrieren und Protestieren gegen faschistische Veranstaltungen und Verbrechen bisher so wenig erfolgreich waren. Es reicht einfach nicht, sich gegen die Spitzen des Eisbergs zu wenden und den Rest des Eisbergs in Ruhe zu lassen. Natürlich ist es weiterhin gut und richtig, gegen Rassismus und Faschismus auf die Straße zu gehen. Den Nazis in diesem Bereich das Feld zu überlassen, würde ihnen nur weiteren Auftrieb geben. Aber wer Rassismus und Faschismus langfristig und wirksam bekämpfen will, der muß mehr tun, als nur gegen REP- und NPD-Veranstaltungen zu demonstrieren.

Bevor jedoch auf Ansätze für eine Verbesserung der antifaschistischen Arbeit eingegangen wird, sollen noch ein

paar Aspekte der reaktionären Stimmungen betrachtet werden.

Möglichkeiten im Kampf gegen Rassismus und Faschismus

Ein Patentrezept kann und soll hier nicht ausgebreitet werden. Es gibt in diesem Bereich sehr viel zu tun, und deshalb sind wir für Anregungen und Diskussionen offen. Die bisherigen Ausführungen legen jedoch einige Schlußfolgerungen nahe:

Demonstrationen und Aktionen gegen Nazis sind weiterhin wichtig.

Man darf den Nazis das Feld nicht überlassen!

Ausländerfeindlichkeit sinkt dort, wo konkrete Erfahrungen gemacht werden, z.B. am Arbeitsplatz und in der Nachbarschaft.

Es ist wichtig, die Begegnung verschiedener Nationalitäten zu fördern, die Schranken, die zwischen den verschiedenen Teilen der Arbeiterklasse und der Bevölkerung bestehen, abzubauen.

„Die Arbeiter sind jedoch interessiert an der völligen Vereinigung aller ihrer Klassengenossen zu einer einheitlichen internationalen Armee, an ihrer raschen und endgültigen Befreiung aus der geistigen Knechtschaft der Bourgeoisie, an der vollen und freien Entfaltung der geistigen Kräfte ihrer Mitbrüder, welcher Nation sie auch angehören mögen.“ (Stalin, Marxismus und nationale Frage, Werke Band 2, S. 283)

Ein bedeutender Teil des

Kampfes gegen Rassismus und Faschismus findet deshalb in der Arbeiterklasse, in Betrieben und Gewerkschaften, statt. Dort gilt es gegen die Spaltung der Klasse geduldig zu arbeiten und für die Bildung einer einheitlichen internationalen Armee einzutreten. Große Worte - doch der Weg dahin führt meist über kleine Taten, im betrieblichen und gewerkschaftlichen Alltag.

Interessant ist in diesem Zusammenhang übrigens die Feststellung von Ahlheim und Heger (s.o., S. 47), daß bei Gewerkschaftsmitgliedern die Ausländerfeindlichkeit meist niedriger ist, bis auf eine Ausnahme: Bei den jugendlichen Gewerkschaftsmitgliedern insbesondere im Westen ist sie deutlich höher als bei Jugendlichen, die nicht in der Gewerkschaft sind. Im Westen sind nur 12 % der jugendlichen Nichtmitglieder (18-25 Jahre) ausländerfeindlich, aber 29 % der jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder!!!

Die Autoren führen dies auf die Politik der Gewerkschaftsführung zur "Verteidigung des Standortes Deutschland", auf die Anpassung an die Konkurrenzlogik des Kapitals zurück.

Eine wichtige Kampffront gegen reaktionäre Anschauungen und zur Mobilisierung fortschrittlicher Kräfte ist der Bereich der Kultur.

Es hat keinen Sinn, jammernd zuzusehen, wie die Nazis die Jugend beeinflussen. Dagegen muß etwas getan werden. Das kann in Schule und Ausbildung beginnen. In Schulen z.B. müssen sich fortschrittliche, re-

volutionäre Jugendliche für eine realistische Auseinandersetzung mit Rassismus einsetzen. Fortschrittliche Kultur (Musik, Literatur, Filme usw.) muß aktiv verbreitet werden, damit muß auf breiter antifaschistischer Grundlage gearbeitet werden. Da die fortschrittliche Kultur zur Zeit weitgehend darniederliegt, bedarf es sicher großer Anstrengungen, man braucht viel Phantasie und Mut, um hier etwas zu erreichen - aber es ist wichtig.

Klar ist, daß der Kampf gegen Faschismus eine wichtige Aufgabe für Kommunisten, für Revolutionäre darstellt. Aber sie kämpfen hier nicht allein. Es gibt in der gesamten Gesellschaft Kräfte, die in unterschiedlichem Umfang und auf verschiedenen Ebenen gegen Reaktion und Faschismus eintreten.

Mit diesen Kräften gilt es zusammenzuarbeiten und Kontakte zu knüpfen. Gerade die Ausführungen zur Frage der Kultur machen deutlich, daß fortschrittliche Kultur nicht allein durch die wenigen revolutionären Kräfte gestärkt und aufgebaut werden kann. Dasselbe gilt im Bereich der Bildung, in Betrieb und Gewerkschaft, im Stadtteil usw.

Geführt werden muß eine offene, solidarische Auseinandersetzung mit Ansichten in der gegenwärtigen antifaschistischen Bewegung, die die Bewegung isolieren und aufs Abstellgleis führen.

Parolen wie „Nie wieder Deutschland!“ gehören dazu. Angestrebt werden muß,

daß die antifaschistische Bewegung sich nicht um sich selbst dreht, sondern in die Gesellschaft im obigen Sinne hineinwirkt.

Besondere Aufgabe der Kommunisten, der Revolutionäre in der antifaschistischen Bewegung ist es, neben der aktiven Teilnahme an den bereits genannten Aufgaben die tieferen Ursachen von Rassismus und Faschismus aufzudecken und so mitzuhelfen, daß die Wurzeln des Faschismus beseitigt werden können.

Denn klar ist, daß auch, wenn Kapitalismus nicht immer zu Faschismus führen muß, er und die vor ihm existierenden Ausbeutergesellschaften die Quelle rassistischer, reaktionärer Anschauungen sind. Mit der Beseitigung des Kapitalismus und dem Aufbau einer menschenwürdigen sozialistischen Gesellschaft werden solche Anschauungen nicht mit einem Schlag verschwinden, aber ihnen kann Schritt für Schritt der Boden entzogen werden, und sie können so langfristig immer weiter zurückgedrängt werden. Allerdings darf man nicht auf den Sozialismus warten, sondern muß heute schon mit dem Prozeß der Zurückdrängung rassistischer, reaktionärer Anschauungen beginnen. Die Beseitigung des Kapitalismus ist nämlich nur möglich, wenn auch in der Bevölkerung und vor allem in der Arbeiterklasse eine breite solidarische, internationalistische Stimmung und Überzeugung entsteht.

Diethard Möller

ER HÄLT NICHT STILL

Cornelius Yufanyi und sein Recht auf Bewegungsfreiheit

Katharina Born

Deutschland ist das einzige Land in Europa, in dem Asylbewerber eine Genehmigung brauchen, um den ihnen zugewiesenen Landkreis zu verlassen. Cornelius Yufanyi, ein Flüchtling aus Kamerun, hat sich nicht an die Residenzpflicht gehalten, sondern geholfen, Aktionstage dagegen vorzubereiten

Normalerweise versuchte er es mit dem Blick. Direkt in die Augen. Meistens sahen die Skins dann zu Boden, gaben es auf, ihm zu drohen. Doch als Cornelius Yufanyi auf dem Heimweg vom Büro der Flüchtlingsorganisation „



Cornelius Yufanyi Foto: taz

The Voice“ die drei kahl geschorenen Köpfe im Dunkel auf sich zukommen sah, rannte er. Er schrie nicht, er rannte nur, bis er sie nicht mehr hinter sich

spürte. Selbst wenn die Polizei gekommen wäre – in Jena war er illegal. Die Skins waren hier zu Hause. Für sein Menschenrecht auf freie Bewegung sei er bereit, ins Gefängnis zu gehen und bis zum Europäischen Gerichtshof, sagt Yufanyi. Deutschland ist das einzige europäische Land, in dem eine Residenzpflicht für Asylbewerber gilt. Ohne Genehmigung der zuständigen Ausländerbehörde dürfen die Flüchtlinge den Landkreis nicht verlassen – um die Regionen gleichmäßig zu belasten und wegen der besseren Integration, heißt es. „Aber wie können wir alle unsere Probleme lösen, wenn wir nicht einmal aus dem Heim herauskommen und Leute sehen dürfen?“

In dem Kreuzberger Hinterhofstiegenhaus strahlt warm die Sonne durch das Fenster. Sein T-Shirt soll unbedingt mit aufs Foto. „BGS“ steht vorne drauf, für Bundesgren-

zschutz, auf dem Rücken: „Menschenjäger, Schreibtischtäter“.

Der 27jährige Kameruner hat die Hände ein wenig unsicher in den Jeanstaschen, das Kinn gereckt, die tiefe Stirn unter dem wuscheligen Haar. „Bin ich schön?“ „Beautiful“, sagt die Fotografin, und sie lachen.

Er spricht ein ganz weiches Deutsch, nach zwei Jahren fast fehlerfrei, „weil ich gleich reinkommen wollte in die Gesellschaft“, sagt er. „Weil ich die Leute direkt ansprechen wollte, um sie zu berühren.“ Das sei für ihn „challenge“, Herausforderung, und „conviction“, Überzeugung, und solche Dinge sagt er lieber in seiner Muttersprache, auf Englisch. Über Yufanyis Asylantrag ist noch nicht entschieden. Er darf bleiben, weil er seine Göttinger Freundin geheiratet hat. Wegen der Papiere? Nein, aus Liebe.

„Ich mag Heiraten und so was.“ In Berlin, wo er mit

den übrigen Mitgliedern von „The Voice – Africa Forum“ und anderen Organisationen die Protesttage gegen das Residenzpflichtgesetz organisiert, übernachtet Yufanyi, wo gerade Platz ist, im Büro der Antirassistischen Initiative, bei Freunden oder im Kreuzberger Mehringhof. Den politischen Protest trägt er wie sein

T-Shirt mit sich herum. „Wenn du verändern willst, musst du dich bewegen“, sagt er.

Yufanyi kam im Januar 1999, nur mit einem T-Shirt und einer kaputten Jeans, direkt aus der Zelle in Kame-run ins frostige Deutschland. Das Heim für Asylsuchende zwang ihn wie alle anderen zum Abwarten. Ein Mitbewohner, ein Vietnameser, habe nach fast neun Jahren des Wartens auf den Asylbeschluss im Heim kaum noch ein Wort hervorgebracht, erzählt Yufanyi. Einen anderen habe nur noch ein psychiatrisches Gutachten aus tiefer Depression retten können – er durfte in die nächstgrößere Stadt ziehen. Ein Flüchtling schließlich war verzweifelt genug, sich zu erhängen. Yufanyi stockt nicht, er hat die Geschichte schon zu häufig erzählt.

„Or something like that“, relativiert er jeden Satz, der seine eigene Geschichte erzählen soll. Als wüsste er nicht mehr, ob er geweint hat auf der Polizeiwache in Osnabrück nach der Flucht.

Als habe er vielleicht gekämpft gegen die Missstände am Biochemischen Institut der Universität der Hauptstadt Jaunde, wo aufmüpfige Akademiker spurlos verschwanden – „oder so etwas in der Art“.

Als habe er dafür nicht zweieinhalb Jahre im Gefängnis gesessen.

Mitten im Wald des thüringischen Kreises Eichsfeld, abgeschnitten vom Leben selbst der kleinsten Nachbarkommune, mit Gutscheinen für den Sonderladen und einem Taschengeld von 80 Mark wollte Yufanyi die Entscheidung anderer über seine Zukunft nicht abwarten. Allein um die Ausnahmegenehmigung von der Residenzpflicht einzuholen, musste er 15 Mark Fahrgeld zahlen. Wochentags fuhr der Bus zweimal die 35 Kilometer bis nach Heiligenstadt, am Wochenende gar nicht.

Zuerst hielt er sich noch an die Regeln, „um zu zeigen, dass ich die Gesetze meines Gastlandes respektiere“. Der Respekt hielt nicht lange an: „Nicht die Nazis sind das Problem, sondern die Gesetze. Die Nazis sagen „Ausländer raus“, und der Staat sorgt dafür, dass es geschieht.“.

Yufanyi richtet sich auf. Die großen Worte erscheinen ihm nicht zweifelhaft, „Das Gesetz erlaubt eine Art Apartheid deutschen Stils. Eine bestimmte Gruppe von Menschen darf in diesem

Land nur an bestimmten Orten sein, in bestimmten Läden gegen Gutscheine einkaufen und bestimmte Ärzte besuchen. Die Deutschen merken das gar nicht. Wenn sie eine Kontrolle sehen, sieht das für sie aus, als seien wir kriminell.“

Der zuständige Beamte in der Ausländerbehörde Heiligenstadt fragte sich, wie oft er eigentlich dem Flüchtling Yufanyi eine Ausnahmegenehmigung zum Verlassen des Heimes erteilen solle. Schließlich müsse er doch auch gegenüber anderen Flüchtlingen ein Maß finden. Mit der Bitte um Einschätzung wandte er sich an das thüringische Innenministerium. Ein- bis zweimal im Monat, muss die pauschale Antwort gelautet haben.

Die politischen Aktivitäten Yufanyis überschritten dieses Maß schnell. Als er im Juni 1999 in Köln für die Freiheit von Öcalan demonstrierte, wurde er verhaftet, saß sechs Stunden in einem deutschen Gefängnis, hatte keine Sondergenehmigung und bekam eine Geldstrafe.

Im Sommer vergangenen Jahres organisierte Yufanyi in Jena einen Kongress über die Ausgrenzung von Flüchtlingen. Die Ausländerbehörde, laut Gesetz zur Prüfung jedes einzelnen Antrags angewiesen, verweigerte ihm erneut die Reise – das Maß sei überschritten. Yufanyi fuhr trotzdem.

Als der Beamte in Heiligen-



Im März im brandenburgischen Rathenow: Flüchtlingsproteste für Freizügigkeit

Foto: C. Ditsch

stadt das aus einem Zeitungsinterview erfuhr, leitete er es weiter mit dem Hinweis, der Asylsuchende habe die Residenzpflicht verletzt. Diesmal weigerte sich Yufanyi, die 600 Mark Strafe zu zahlen. Während gegen den Flüchtling das Verfahren eröffnet wurde – auf wiederholte Verletzung der Residenzpflicht stehen bis zu 5000 Mark Strafe, ein Jahr Gefängnis oder letztlich Abschiebung –, erlaubte sich die Ausländerbehörde ein Schreiben an das Bundesamt für die Anerkennung von Asylsuchenden: Yufanyi nutze seinen „zur Zeit gestatteten Aufenthalt vorwiegend dafür, politisch tätig zu werden“, hieß es darin. Sein Aufenthalt im Wohnheim beschränke sich auf die Tage, an denen Geld gezahlt werde. Es werde davon ausgegangen, dass Herr Yufanyi an den übrigen Treffen ohne Erlaubnis teilnehme. Zudem werde der Flüchtling oftmals von einer Studentin aus Niedersachsen begleitet. Diese deutsche Studentin, mittlerweile Yufanyis Frau,

betrat, so erzählt er, jedes Mal zuversichtlich mit ihm die Behörde in Heiligenstadt und verließ sie weinend vor Wut. „Die meisten Flüchtlinge haben keine Unterstützung so wie ich.“ Gegen die Residenzpflicht führen Yufanyis Anwälte das Grundrecht auf Bewegungsfreiheit an, das „bei einem in hohem Maß politischen Menschen wie Yufanyi durch die Residenzpflicht entschieden beschnitten“ sei. „Zuweilen müssen legitimierte Gesetze eben auch ordnungsgemäß durchgesetzt werden“, sagt der zuständige Mitarbeiter der Ausländerbehörde Heiligenstadt am Telefon. Herrn Yufanyi sei über das eigentliche Maß Bewegungsfreiheit zugestanden worden. Ihn selbst habe man nun sogar als faschistoid beschimpft. Yufanyi sei seiner Meinung nach durch die Einschränkungen „in Ehre und Würde nicht berührt“ worden. Bisher konnten die Anwälte nur bewirken, dass der sonst in einer halben Stunde abgehandelte Fall vertagt

wurde. Das Amtsgericht Worbis wollte das Verfahren nun wegen Geringfügigkeit einstellen. Der Beklagte hat das abgelehnt. „Ich provoziere die Ungerechtigkeit, damit die Menschen sehen, wie mir Unrecht geschieht.“ Jetzt würde Yufanyi gerne wieder studieren. Aber die Vergangenheit, der politische Kampf, die Erniedrigung sind zu präsent. Inzwischen besucht er Asylbewerberheime, spricht in Schulen über Leben und Situation der Flüchtlinge. „Was hast du gelernt?“, fragt er die deutschen Schüler am Ende immer, und die antworten nicht. Aus Schüchternheit? Yufanyi sagt: „Die werden auch schüchtern sein, wenn das nächste Mal was passiert.“ Wieder richtet er sich auf, und die größten Worte sind gerade groß genug: „Meine Kinder werden hier aufwachsen. Und ich will daran arbeiten, dass diese Gesellschaft eine bessere wird.“

(aus: taz vom 16. Mai 2001)

Attatro

Buchladen GmbH

Herner Str. 16
45657 Recklinghausen

Tel. 02361/17002
Fax 02361/27040



Partner der
Büchergilde

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa 10.00-15.00

BUCHLADEN

TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
• SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
• SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
• ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
• MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA
Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstag Ruhetag)
44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

SONNENBLUME

Naturkost . Naturwaren



Springstr. 2, 45657 Recklinghausen
am Hauptbahnhof
Tel.: 02361 - 13 9 27, Fax: 18 42 24

Öffnungszeiten: Mo - Fr 9.00 - 18.30 Uhr
Sa 8.30 - 13.30 Uhr

- Lieferservice ab 50,00 DM Bestellwert frei Haus
- Party- und Veranstaltungsservice
- Vollwertbuffets
- Getränke für Partys und Veranstaltungen auf Kommission "frei Haus"
- Große Auswahl an ökologischen Weinen
- Regelmäßige Weinproben
- Individuelle Beratung zur Vollwerternährung und anderen Ernährungsfragen
- Frisches regionales Obst und Gemüse aus kontrolliert biologischem Anbau
- Umfangreiches vegetarisches und glutenfreies Sortiment

NATUR
KOST & WAREN

Schallplattenversand
Matthias Henk
Postfach 11 04 47
26207 Bremen
Der Antifa Platten Versand



Bei uns erhältlich:

ANTIFA CD'S aus Holland:
X-TREM mit Smut, Roggel,
No Men, Odi Odi u.v.a. (mit
Aufkleber, Aufnahme) CD DM 22,00
Sampler: Gramsch 1978-1986
Door Mekaar, Zowiso, The Ex,
Baader Pop Gruppe, Draske,
Kess u.v.a. DCD DM 33,00

Erhältlich per Post oder:
Buch-/CD-Laden: "Hamburger Allee",
Hamburger Allee 35, 60486
Frankfurt/Main oder
Boekhandel Rosa,
Folkeringedwardsstraat 16A, 9701 JA
Groningen- Niederlande
Bestellt den Katalog!

Lieferung per
Vorausrechnung + Porto
Tel. & Fax: 0421-4988535
E-mail: JUMPUP@t-online.de

Theater Kunst

Jonglieren



Artistik

Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5

Öffnungszeiten 10⁰⁰-18⁰⁰
Samstage 10⁰⁰-14⁰⁰ & länger Samstag

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 44795 Bochum
Tel. 0234/ 450590
FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau

BIOLAND-Getreide

Eigene Mühle

Informationen

Betrieb in Selbstverwaltung



Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

TERRE DES FEMMES

Buchkalender für Frauen

Planerin

- im außergewöhnlichen A5-Format
- jede Woche auf einer Seite
- Recyclingpapier und Wire-O-Bindung
- umweltfreundlicher Schutzumschlag
- Texte und Fotos über engagierte Frauen und Projekte
- Anhang mit Adressen, Notizblättern, Terminen

- DM 19,80/ €10,20, ÖS 145, SFR 19,80
- Erscheint im August 2000 • ISBN 3-9806165-3-3

TERRE DES FEMMES E.V. Postfach 2565, 72015 Tübingen
Tel. 07073-7973-0, Fax 07073-7973-22

MENSCHENRECHTE FÜR DIE FRAU



BERT BRECHT

NICHT IN DIE SCHLACHT WIRF, FELDHERR, ALLE !

1

**Nicht in die Schlacht wirf
Feldherr, alle ! Einige
Lass das Fleisch einholen
Und wenn
Einer dir in den Himmel schaut:
Auch dann
Schaff uns den Sieg !**

2

**Am Abend nach der Schlacht –
Es war alles verloren –
Zeigte ein Soldat dem großen Alexander
Ihn am Leben zu halten
Eine Wachtel im Gesträuch.**

**Um das Leben zu schätzen
Meinte der Soldat
Genügt ein Stück Käse.**

3

**Ohne zu rechnen
Die gelben frühen, neugedruckten Bücher
Das Autofahren, Fliegen, Blumenpflanzen
Die abendlichen Berge, nicht gesehenen Städte
Die Männer, die Frauen.**